

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Stoßband im In- und Ausland 2.50 Reichsmark pro Monat.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Koppreiße 50 Pfennig, Reklamereile 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des fettdruckten Wort 25 Pfennig (außhalb zwei fettdruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeigen des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft. Lindenstraße 3, wochentags von 6 1/2 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 25. Oktober 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskontor: Berlin SW. 68 - Konstantin: Kant der Arbeiter, Engelstraße 2
und Bremen, Wallstr. 6; Disconto-Gesellschaft, Treppenstraße 1.

Risse im Bürgerblock.

Uneinigkeit in der Regierung. — Ergebnislose Verhandlungen zwischen Deutschnationalen und Zentrum. — Verzicht auf Monarchistenpropaganda abgelehnt. — Unzufriedenheit mit Reichsfinanzminister Dr. Köhler.

Dem „Soz. Pressedienst“ werden aus parlamentarischen Kreisen des Zentrums Ausführungen zur Verfügung gestellt, in denen es heißt:
Die Zweispaltigkeit der gegenwärtigen Reichsregierung ist auf ihren Ursprung zurückzuführen. Auch im Zentrum war man sich bewußt, daß mit den deutschnationalen Monarchisten keine republikanische und soziale Politik zu machen wäre. Trotzdem hat die Zentrumsfraktion in erster Linie mit Rücksicht auf kulturpolitische Bestrebungen dem Drängen der Bürgerblockanhänger nachgegeben und ist mit den Deutschnationalen eine Verbindung eingegangen, die, je länger sie dauert, eine Gefahr für das Zentrum selbst wird.
Zur Bewusstmachung des politischen Bewusstseins stellte man damals jene berühmten Richtlinien auf, die die Deutschnationalen binden sollten.
Die Linie, mit der diese Richtlinien niedergeschrieben wurden, war noch nicht ganz trocken, als der deutsch-nationale Presse gegen sie zu sündigen begann. Es wurde weiter die „schwarzrotgelbe“ Reichsflagge verlästert, es wurde die Republik beschimpft und offen Propaganda für die Monarchie gemacht. Die Krönung fand diese unehrliche Politik auf dem deutschnationalen Parteitag in Königsberg, wo Graf Westarp als Ziel der Politik der Rechten die Befreiung von „der wesenfremden Staatsform“ verkündete und Herr von Reubell die schlaue Parole aussprach, die Deutschnationalen in der Regierung müßten „mehr sein als scheinen“.
Die Zentrumspresse begehrte auf. Das Blatt des Herrn Soos geißelte scharf das „Widerliche, Unehrliche und alle politischen Sünden verwerfende Doppelspiel“, das schon in dem Augenblick des Eintritts der Deutschnationalen in die Reichsregierung begonnen habe. Schließlich erschien der Vorsitzende der Zentrumsfraktion auf dem Plan und erklärte, man lasse sich dieses Doppelspiel nicht länger gefallen und bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages würde man denen um Westarp das Nötige eröffnen. Das Thema „So kann es nicht weitergehen“ war fast eine ständige Rubrik in allen Organen des Zentrums geworden.

Ergebnislose Verhandlungen.

Der Reichstag ist inzwischen wieder nach Hause gegangen, aber es ist merkwürdig still geworden um die Auslegung der Richtlinien. Die angekündigten Verhandlungen zwischen Zentrum und Deutschnationalen haben zwar stattgefunden, man ist sich auch ordentlich in die Haare geraten, aber kein Wort ist über das Ergebnis der Verhandlungen in die Öffentlichkeit gedrungen.
Das hat seine guten Gründe. Im Reichstag gingen die Deutschnationalen mit äußerst zufriedenen Gesichtern herum, während es beim Zentrum betretene Mienen gab. Die Deutschnationalen machen gar kein Hehl daraus, daß sie sich auf die Forderung des Zentrums nicht eingelassen haben. Es handelte sich, wie man hört, um zwei Dinge.
Zunächst verlangte das Zentrum die Einstellung der Agitation gegen die Reichsflagge und Respektierung der Richtlinien in diesem Punkte. Die Deutschnationalen gaben allgemeine Erklärungen ab, mit denen nichts Bestimmtes anzufangen war. Sie wollen zwar die schwarzrotgelbene Fahne respektieren so, wie sie es auffassen, aber das hindert die Presse der Rechten nicht, weiter höhrend von der schwarzrotgelben Flagge zu sprechen und ein lautes Geschrei zu erheben, wenn die preussische Regierung der Reichsflagge die nötige Achtung zu verschaffen sucht.
Ganz abliehnd haben sich die Deutschnationalen in dem anderen Punkte verhalten. Es wurde von ihnen verlangt, daß sie ihre monarchistische Agitation einzustellen hätten, da eine solche Propaganda für eine republikanische Regierungspartei eine Unmöglichkeit darstelle. Das ist zwar eine Binsenwahrheit, aber die Deutschnationalen pfiffen auf die Richtlinien und Einwendungen des Zentrums und erklärten, auf diese Agitation nicht verzichten zu können.
Man ging resultatlos auseinander. Es war ursprünglich geplant, in einer gemeinsamen Erklärung noch einmal eine authentische Auslegung der Richtlinien zu geben. Dazu kam es infolge der höhnisch abweisenden Haltung der Deutschnationalen aber nicht.
Das Zentrum mußte deshalb erleben, daß die so schön ausgelegten Richtlinien beiseite geschoben wurden. Das unehrliche Doppelspiel geht also weiter, und man kann einigermaßen gespannt auf das Echo sein, das aus den Arbeiterwählern im Westen zurückhallen wird. Herr Marx aber tut erst recht, als sei nichts geschehen!

Unzufriedenheit mit Köhler.

Dieser blamable Ausgang der laut angekündigten Verhandlungen mit der Rechten wird ergänzt durch die Schwierigkeiten, die Reichsfinanzminister Köhler der Reichstagsfraktion des Zen-

trums eingebracht hat. In seiner Magdeburger Rede „An die lieben Kollegen und Kolleginnen“ hat dieser sonderbare Minister eine Gehaltserhöhung bis zu 33 1/2 Prozent auf die Grundgehälter angekündigt. Die Folge war, daß ganz automatisch eine allgemeine Preissteigerung eintrat. Bei näherer Prüfung der Besoldungsvorlage stellte sich heraus, daß von einer Erhöhung in diesem Ausmaß gar keine Rede sein kann. In diesem Zusammenhang haben nun demokratische Blätter mit Recht behauptet, daß der Reichsfinanzminister in der Zentrumsfraktion des Reichstages wegen seiner Beamtenpolitik heftig angegriffen worden sei und er dem Reichskanzler sein Amt zur Verfügung gestellt habe.

Drohung mit dem Rücktritt.

Die Tatsache ist richtig, aber die mündliche Bitte um Enthebung vom Amt dürfte bei der ganzen Haltung des Herrn Köhler vorläufig nichts anderes als eine schöne Geste sein. Richtig ist allerdings, daß die Unzufriedenheit mit dem Reichsfinanzminister allgemein ist und daß sie sich nach seiner Rede im Reichstag noch gesteigert hat. Dort arbeitete er fast mit den gleichen Argumenten wie in Magdeburg, übergab den wesentlichen Punkt, die Deckungsfrage, und erwähnte auch nichts davon, daß der Reparationsagent wegen seiner Finanzpolitik bei ihm vorstellig geworden wäre.
Da Herr Köhler sich über die Deckungsfrage holden Aussagen hingeeben hat, rechnet man in der Zentrumsfraktion sogar damit, daß die Reichstagskommission von den an sich schon kümmerlichen Erhöhungen Abstriche machen wird, um die Besoldungsvorlage überhaupt zu retten. Die Zentrumsfraktion hat jedenfalls nicht umsonst beschlossen, während der vierwöchigen Reichstagsferien jeden Donnerstag eine Vollstimmung abzuhalten.
Vor allem aber ist die Unzufriedenheit über die Finanz- und Beamtenpolitik des Herrn Köhler in den Kreisen der Arbeiter und Beamten der Zentrumsfraktion sehr groß, so daß man die Lage dieses Finanzministers als gezählt bezeichnet. Hinzu kommt noch die Einbuße an Vertrauen, die dieser bis dahin als gut republikanisch geltende Mann erlitten hat, als er sich so merkwürdig rosch bereit erklärte, in die Regierung Marx einzutreten.
Durch die unnatürliche Verbindung des Zentrums mit der Rechten in der gegenwärtigen Regierung sind für das Zentrum Tage angebrochen, von denen es mit einem biblischen Wort sagen kann: Sie gefallen uns nicht!

Die Besoldungsreform in Preußen.

Verhandlungen im Hauptausschuß. — Der Finanzminister über Gilberts Memorandum.

Der Hauptausschuß des Landtages begann am Montag nachmittag die Beratungen des preussischen Besoldungsgesetzes. Nach längerer Geschäftsordnungsausprache wurde beschlossen, die vier Spitzenorganisationen zu hören, nämlich den Deutschen Beamtenbund, den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, den Reichsbund höherer Beamten und den Reichsbund der Zivildienstberechtigten. Nach Abschluß der allgemeinen Aussprache, die sich voraussichtlich auf drei Tage erstrecken wird, soll ein Unterausschuß eingesetzt werden.
Nach der Berichterstattung über den ersten Abschnitt nahm der preussische Finanzminister Dr. Höppler, U. Hoff das Wort. Er gab im Rahmen der Begründung der Besoldungsvorlage auf Anfragen aus dem Ausschuß die folgende Erklärung zum Schritte Parler Gilberts ab:
„Es ist durch die Veröffentlichung einer amerikanischen Zeitung bekannt geworden, daß der Herr Reparationsagent dem Herrn Reichsfinanzminister ein Memorandum übersandt hat, in dem er zu den großen Fragen der Finanzpolitik des Reiches, der Länder und Gemeinden Stellung nimmt und im Zusammenhang hiermit auch die Frage der Besoldung berührt. Ich glaube nicht, annehmen zu sollen, daß dieses Memorandum dazu führen könnte, daß die Besoldungsvorlage der Reichsregierung etwa zurückgenommen werden würde. Ich nehme weiter an, daß der Herr Reichsfinanzminister am Mittwoch bei der Beratung des Hauptausschusses des Reichstages zu den ausgeworfenen Fragen Stellung nehmen wird und halte es daher nicht für zweckmäßig, daß wir die Erörterung über die aufgeworfene Frage hier vertiefen.“
In seinen weiteren Ausführungen erklärte der Minister weiter, daß er im Reichskabinett sich zur Uebernahme von 120 Millionen Ausgaben aus der Besoldungsordnung bereit erklärt habe. Er könne jetzt sagen, daß Preußen sogar 150 Millionen zur Verfügung stelle. Aber für den Restbeitrag müsse das Reich helfend eingreifen. Denn Preußen könne keine Verwaltung nicht mehr weiter droffen, weil sonst der Lebensnerv jeder Verwaltung getroffen werden würde.
Für die sozialdemokratische Fraktion sprach sodann der Abg. Simon-Neufel, der den Willen der preussischen Staatsregierung anerkannte, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel die Notlage der Beamten zu mildern.

Kampf der Todesstrafe!

Zur Auseinandersetzung im Strafrechtsausschuß.
Von Alwin Saenger.

Der Kampf gegen die Todesstrafe tritt in das entscheidende Stadium ein. Der Strafrechtsausschuß des Reichstages wird sich in den nächsten Tagen mit der Frage nach Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe beschäftigen.

Unter den Fragen, die in dem Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches zu lösen sind, stehen die Heraushebung des Strafmündigkeitsalters der Jugend und die Befreiung der legalisierten Tötung eines Menschen durch die Staatsgewalt an erster Stelle. Das erste Problem ist in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs im Ausschuß negativ erledigt worden. Wir Sozialdemokraten können abwarten, ob auch bei der zweiten Frage von den Regierungsparteien ein wirklicher kultureller und krimineller Fortschritt wieder abgelehnt wird.

Für die Beibehaltung der Todesstrafe führen die Motive des Gesetzentwurfs an, daß die Zeit für die Abschaffung dieser Straftat noch nicht gekommen sei. Angesichts der infolge des langen Krieges eingetretenen allgemeinen Verrohung, angesichts der noch fortdauernden Zunahme von Mordtaten grauerregender Art erscheine es nicht möglich, auf das in der Todesstrafe zweifellos liegende starke Abschreckungsmittel zu verzichten. Die von der deutschnationalen Reichsregierung amtlich anerkannte Verrohung durch das kriegerische „Stahlbad“ besteht sicher. Eine Strafrechtsreform, die auf der Grundlage wissenschaftlicher, soziologischer Erkenntnis aufzubauen ist, kann unmöglich den Gesichtspunkt einer akuten Psychose vorherrschend lassen. Wir geben zu, daß durch die Statistik der Zahlen der entscheidende Beweis gegen die Notwendigkeit von Hinrichtungen nicht erbracht werden kann. Für eine Begründung zur Aufrechterhaltung der Todesstrafe ist die Kriminalistik aber sicherlich am untauglichsten. Italiens größter Kriminalist, Enrico Ferri, teilt in seinem Lehrbuche „Die positive Strafrechtswissenschaft“ mit, daß auf 1 Million Italiener wegen Mordes Verurteilte im Jahre 1875 noch 122, 1914 nur mehr 41 kamen. Die Folgen der Abschaffung der Todesstrafe in Italien zeigt sich somit deutlich in einer Abnahme schwerer Mordtaten. Besonders bemerkenswert ist, daß alle anderen Delikte, wie Diebstahl, Betrug, Urkundenfälschung usw., in dem gleichen Zeitraum zugenommen haben. Ein ähnliches gilt für Oesterreich nach der Abschaffung der Todesstrafe durch das Gesetz vom 3. April 1919. Auch in Oesterreich sind aber andere schwere Straftaten wie Sittlichkeitsverbrechen und schwere Körperliche Beschädigung trotz Beibehaltung strengster Strafandrohungen ganz erheblich gestiegen.

In Deutschland wurde 1920 jeden zweiten Tag, 1924 beinahe an jedem dritten Tag eine Todesstrafe ausgesprochen. Dr. von Henting hat gerade angesichts der Häufung der Todesurteile in Deutschland mit Recht darauf hingewiesen, daß damit eine schnelle Abstumpfung des schärfsten Strafmittels gegeben sei. Er schreibt: „Wenn man etwas nicht zu sagen scheut, weil es gestrichelt klingt, so könnte man behaupten, daß die eindringliche Wirksamkeit der Todesstrafe nur durch die Abschaffung hergestellt werden könnte.“

Schon die bisherige Praxis in der Vollziehung rechtskräftig gewordenen Todesurteile widerspricht vollkommen der Behauptung in den Gesetzesmotiven, daß die Todesstrafe unter dem Gesichtspunkte einer Generalprävention heute noch erforderlich sei. Nur bei einer unterschiedslos durchgeführten Vollziehung eines jeden erkannten Todesurteils könnte man die Frage nach der Generalprävention gegen Mörder durch Todesandrohung unter Beweis stellen. Eben weil die Zahl der Begnadigungen der zum Tode verurteilten Menschen sowohl im vorrevolutionären wie im nachrevolutionären Deutschland im Durchschnitt der Jahre ungleich größer war als die Zahl der vollstreckten Todesurteile, hat der Gesichtspunkt der Generalprävention als praktisch gegenstandslos auszuscheiden. Denn ein jeder zum Tode Verurteilte — von wenigen Fällen deutlich erkennbarer Anormalität abgesehen — rechnet mit seiner Begnadigung.

Es ist ein Lichtpunkt in dem Kampfe wider eine atavistische Brutalität, daß wenigstens von ärztlicher Seite in entschiedener Weise für die Abschaffung der Todesstrafe Stellung genommen worden ist. Professor Brothmann stellte bei der Besprechung des Gesetzentwurfs auf einer Tagung des preussischen Gesundheitsbeirates folgendes fest: „Wir als Aerzte haben die Pflicht, das Leben zu schützen, und müssen deshalb dafür eintreten, die Todesstrafe abzuschaffen. Es ist mehrfach vorgekommen, daß Mörder, die nachher begnadigt wurden, sich später als offenkundig geisteskrank erwiesen haben. Hätte man sie getötet, hätte man einen Justizirrtum begangen. ... Aus diesem Grunde liegt es auch im gerichtsarztlichen Interesse, die Todesstrafe abzuschaffen.“

Unter dem Gesichtspunkte des heute fast allgemein als richtig anerkannten Gedankens der Besserung und Erziehung

ist die Todesstrafe gleichfalls zu verwerfen. Die Kriminalstatistik für Deutschland weist nach, daß im Jahre 1924 weit über eine Viertelmillion Gefängnis- und Zuchthausstrafen verhängt worden sind, nämlich 274 146 Gefängnisstrafen, 9725 Zuchthausstrafen. Todesstrafen wurden in der gleichen Zeit in 112 Fällen ausgesprochen. In den Verhandlungen des Schweizerischen Vereins für Straf- und Gefängniswesen und Schulaufsicht in Schwyz (17. bis 18. Mai 1926) ist angeführt dieser gigantischen Zahlen mit Recht darauf hingewiesen worden, daß es ein kriminalpolitischer Widersinn sondergleichen sei, die Hunderttausende von Rechtsbrechern jeder Gefährlichkeit der strafrechtlichen Anstaltsbehandlung zu unterwerfen, während bei dem kleinen Häuflein von Wörtern ein diametral entgegengesetzter Standpunkt vertreten und das Schafott statt des Straußes gefordert werde. Schon vor einem halben Jahrhundert schrieb Berlins berühmter Strafrechtsprofessor Berner, die Erfahrung habe gelehrt, daß die schwersten Verbrecher der Besserung eher zugänglich seien als die leichteren. Diesen Satz Berners werden sicherlich zahlreiche Direktoren von Zuchthäusern und Gefängnissen bestätigen können. Eine kriminalpolitische Notwendigkeit für die Beibehaltung der Todesstrafe besteht also schlechthin nicht.

Die Beurteilung des Problems als einer Sache menschlicher Kultur muß zur schärfsten Kampfansage wider den legalisierten Mord kommen. Nach einem Aberglauben, der heute noch in Egerlande herrscht, muß der Scharfrichter nach der Begnadigung eines Verbrechers eine schwarze Henne zerreißen, um Blut zu sehen und seiner Mordgier zu genügen. Ein vortrefflicher Aberglaube! Er enthält schonungslos das Fundament der Brutalität, auf dem sich die Blutrache einer früheren Zeit erhebt. Schmachvoll die Zeit und Kleinmützig das Geschlecht, die Bestand und Sittlichkeit der Nation so niedrig einschätzen, daß auch heute noch die Staatsgewalt mit der Bluthand des Henkers verteidigt bleiben soll. Uns Sozialdemokraten erlaubt unsere Zuversicht in die kulturelle Kraft des deutschen Volkes zu rufen: Fort mit der Todesstrafe!

Die geheimnisvolle Denkschrift.

Gestern Kabinettsitzung. — Heute die Parteiführer bei Köhler.

Das Reichskabinett hat sich, wie offiziös gemeldet wird, am Montag nachmittag mit der Prüfung der Denkschrift beschäftigt, die dem Reichsfinanzministerium vom Reparationsagenten übergeben worden ist. Es hat zugleich die Darlegungen zur Kenntnis genommen, die der Reichsfinanzminister am Mittwoch im Hauptauschuß des Reichstags über die Finanzlage des Reiches machen wird.

Für Dienstag vormittag sind die Fraktionsvorsitzenden zum Reichsfinanzminister geladen, um dort Eröffnungen über die Denkschrift entgegenzunehmen, und zwar werden die Vorsitzenden der Regierungsparteien und die der oppositionellen Gruppe gesondert unterrichtet. Ob und wie die Regierung nun auch die Öffentlichkeit informieren will, steht noch nicht fest. Insbesondere weiß man nicht, ob sie daran denkt, die Denkschrift in ihrem Wortlaut zu publizieren. Wie man hört, gibt es darüber Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts: Der Außenminister will die Veröffentlichung, der Finanzminister aber macht dagegen Bedenken geltend.

Obwohl außerhalb eines engen Kreises niemand vom Inhalt der Denkschrift etwas weiß, werden doch schon die vorweggenommenen Schlussfolgerungen an sie geknüpft. Beispielsweise wird verbreitet, daß das Kabinett wegen dieser Denkschrift an den Besoldungserhöhungen, wie sie in der Regierungsvorlage vorgesehen sind, wieder erhebliche Abstriche machen will. Wir halten dieses Gerücht für falsch und jedes inneren Wahrheitswertes entbehrend.

Denn nach unserer Kenntnis der Dinge hat der Reparationsagent diese angeblich geplanten Herabsetzungen gar nicht verlangt, er wäre auch gar nicht befugt sie zu verlangen. Daß die Regierung hinter die Verheißungen ihrer Vorlage zurückgehen und sich dabei hinter den Reparationsagenten verkrühen will, halten wir für ganz unmöglich.

Es wäre natürlich für jede Regierung und jede Partei äußerst bequem, ihre ulerlose Gebefreudigkeit zu betonen und dazwischen verstehen zu lassen, sie könnte eben wegen des verfluchten Reparationsagenten nicht so, wie sie wollte. Aber ein solches Spiel wäre nicht nur unwahrhaftig, sondern auch für Deutschland äußerst schädlich. Wollte man den Reparationsagenten zum Blühender machen für alle Elektrizität, die sich in der innerpolitischen Atmosphäre angeammelt hat, so würde man ihn dadurch seinem richtigen Beruf entfremden, nämlich dem Vorbereiter einer künftigen vernünftigen Schuldenregelung zu sein.

Die Reichsregierung wird daher die Verantwortung für alles, was sie tut oder läßt, selbst zu tragen haben. Im übrigen ist es Zeit, die Denkschrift Parker Gilberts zu veröffentlichen. Dann wird man sich mit ihr sachlich auseinandersetzen können. Dann wird man aber auch allgemein einsehen, daß kein Anlaß bestand, wegen dieser Angelegenheit auf dem Reparationsagenten persönlich herumzutrommeln.

Hingebende Arbeit...

... darf der deutschnationalen Arbeiter leisten.

Mit dem Einbruch nasser Bitterung mehren sich auch der deutschnationalen Flugblätter. Wiederum können wir auf ein Ereignis der deutschnationalen Schriftenvertriebsgesellschaft (diesmal Nr. 410) hinweisen, auf ein Flugblatt, das sich speziell an die Arbeiter richtet und deswegen in zwei Zoll hohen Buchstaben die sinnige Leberschrift trägt: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“. Die deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle vermutet mit Recht, daß ohne solche Bauernfängermethoden ihre Flugblätter von einem Berliner Arbeiter nicht einmal in die Hand genommen werden würden.

Der Inhalt ist entsprechend. Zunächst erzählt der deutschnationalen Verfasser den Arbeitern, daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft „mindestens zwei Stunden täglich für den Dames-Plan schuften muß“. Damit aber kein Arbeiter auf die einseitige Frage kommt, warum denn dann die Deutschnationalen diesem schrecklichen Dames-Plan zugestimmt und warum ihre vier Minister sich ausdrücklich auf seine Durchführung verpflichtet haben, werden diese Tatsachen schamhaft verschwiegen. Weiter heißt es im Text:

Es gilt, dafür zu sorgen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich nicht mehr als das Stiefkind der Gesellschaft betrachtet.

Womit allerdings zur Genüge ausgedrückt ist, daß unter der Herrschaft des Bürgerblods und trotz (oder vielmehr wegen) vier deutschnationaler Minister die Arbeiter alle Ursache haben, sich gegenwärtig sehr als Stiefkind der Gesellschaft zu betrachten. Damit aber auch hierüber der Arbeiter nicht allzuviel nachdenke, enthält das Flugblatt auch nicht ein Sterbenswörtchen über die Verteuerung der Lebensmittel durch die deutschnationalen Zollpolitik, nicht ein Wörtchen über die ungeheuerliche Steuerbelastung der Verbraucher und der arbeitenden Volksklassen durch die Steuer-gesetzgebung des Bürgerblods! Dafür wird den Arbeitern am Schluß folgendes verheißen:

Die Zahl der Enttäuschten ist unendlich groß (womit komischerweise nicht die von den Deutschnationalen enttäuschten Sparer gemeint sind — Red. d. B.). Ihnen rufen wir zu: Kommt zu uns, wir versprechen euch keine goldenen Berge, keine Sonderstellung im Staat, keine Herrschaft über alle anderen Stände, sondern hingebende Arbeit im Rahmen der Volksgemeinschaft.

Damit ist der Nagel auf dem Kopf getroffen. Wenn die Arbeiter zu den Deutschnationalen kommen, werden sie „hingebende Arbeit“ in Hülle und Fülle leisten dürfen, nämlich Arbeit, bei der die Arbeiter alles hingeben und die Deutschnationalen Ausbeuter sich ins Fäustchen lachen!

Der Konflikt in der „Germania“.

v. Papen wird in die Ecke gestellt.

Die maßgebenden, der Reichstagsfraktion des Zentrums angehörigen Mitglieder des Aufsichtsrats der „Germania“ besaßen sich am Sonntagabend mit dem Konflikt zwischen dem Besitzer der Aktienmehrheit des Unternehmens v. Papen und dem Chefredakteur Hermann Orth, hinter den sich die Gesamtraktion gestellt hat. Die Redaktion hat dem Aufsichtsrat schriftlich mitgeteilt, daß sie mit Orth solidarisch ist. Die Sitzung endete mit einer schweren Niederlage des reaktionären Herrn v. Papen. Die anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrats vertraten einstimmig die Ansicht, daß das ohne Wissen des Chefredakteurs vollzogene Engagement eines von Hugenberg kommenden und in seinem Innersten deutschnationalen Kaplans als Redakteur sofort zu widerrufen ist. Darüber kam es zwischen Herrn v. Papen und den anderen an der Sitzung beteiligten Persönlichkeiten zu einer kurzen, aber lebhaften Auseinandersetzung. Sie endete damit, daß der selbstherrliche v. Papen seinen Hut nahm und davonlief. Die Folge war, daß die anwesenden Aufsichtsratsmitglieder von ihm nunmehr schriftlich bis zum kommenden Donnerstag eine Stellungnahme in dem von ihnen gewünschten Sinne forderten.

Auf den Ausgang des Konfliktes kann man um so mehr gespannt sein, als Herr v. Papen nicht über die genannte Aktienmehrheit verfügt, wenn die Brüder Rißner ihm das Stimmrecht über das ihnen gehörige Aktienpaket entziehen. Bisher hatte nämlich Herr v. Papen nur deshalb so stark und selbstherrlich auftreten können, weil die beiden Brüder ihm die Ausübung des Stimmrechts für ihren eigenen erheblichen Aktienbesitz an der „Germania“ überlassen hatten.

Vereinfachung der Verwaltung.

Vorarbeiten des Reichsparlamentarikers.

Der Reichsparlamentariker, Minister a. D. Seemisch, ist von der Reichsregierung beauftragt, zur Vereinfachung der Verwaltung geeignete Vorarbeiten zu leisten. Wie der „Soz.-Presseblatt“ erfährt, werden demnächst entsprechende Beratungen beginnen. Sie erstrecken sich in erster Linie auf die Verwaltungen des Reiches, sollen aber auch die Gebiete umfassen, auf denen sich das Reich mit den Ländern begegnet. Soweit reichseigene Verwaltungen in Frage kommen, werden u. a. Vereinfachungsvorschläge für die Zollverwaltung und die gesamte Reichsfinanzverwaltung geprüft werden. Bezüglich der Reichsstaatsverwaltung ist eine Vereinfachung des Verfahrens schon im Gange. Eine neue Reichsstaatsordnung ist erst kürzlich geschaffen worden. Die Verwaltungsgebiete, auf denen sich das Reich mit den Ländern begegnet und die ebenfalls vereinfacht werden sollen, umfassen: Wohlfahrtspflege, Bildungswesen, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Wasserstraßenverwaltung und Sauerverwaltung.

Abmarsch aus dem Rheinland.

Paris, 24. Oktober. (Eigenbericht.)

Die hiesigen Blätter melden aus Mainz, daß mit der Zurückziehung der Truppen aus dem Rheinland am Sonntag begonnen wurde. Sechs Maschinengewehr-bataillone haben das Rheinland bereits verlassen. Zwei davon sind aus Koblenz, je eines aus Worms, Neustadt, Speyer und Landau zurückgezogen worden. Die Zurückziehung der Truppen wird in den nächsten Tagen fortgesetzt. Zwei Bataillone des 52. Pionierregiments werden aus Trier nach Frankreich transportiert werden. Die Zurückziehung dürfte bis zum 31. Oktober beendet sein.

Marcellin Berthelot.

Zum 100. Geburtstag des französischen Chemikers am 25. Oktober.

Von Dr. Ernst Michael.

Vor wenig mehr als einem Vierteljahrhundert huldigten die internationale Wissenschaft und das offizielle Frankreich dem großen Gelehrten Marcellin Berthelot in überschwenglicher Weise. Deutschland hatte Emil Fischer, den Erforscher des Eiweißes, entsandt. Präsident Loubet wollte den „Senior der Wissenschaft“ mit militärischem Gepränge abholen; aber der bis an sein Lebensende beschiedene Gelehrte stoh auf Umwegen zum Festsaal. Wieder werden, anlässlich des 100. Geburtstags, der durch die Weihe des „Haus der Chemie“ eine besondere Weihe erhält, Ruhmestränge gewunden. Verdient sie Berthelot? Hat es nicht Chemiker gegeben, die größer waren? Hat ihn nicht Lavoisier, dem er in seiner „Revue chimique“ ein prächtiges, vielleicht ein wenig zu prächtiges Denkmal gesetzt hat, an Bedeutung noch überträgt? Sicher ist: Berthelot war nicht bloß Wissenschaftler. Ihm, dem Jugendfreund E. Renans, schwabte vor allem ein Ziel vor: Förderung der Wissenschaft, des eigenen Volkes und der Menschheit. Aber unter Förderung verstand er eine wirkliche Veredelung seiner Mitmenschen. Es ist keine bloße Phrasologie, wenn er schreibt: „Seit dem Beginn meines Lebens dem Kultus der reinen Wahrheit hingewandt, habe ich mich niemals in den Streit der praktischen Interessen gemischt, der die Menschen trennt. Ich habe einsam in meinem Laboratorium gelebt, umgeben von einigen Schülern, meinen Freunden.“

Berthelot, der Sohn eines Pariser Liberalen, aber sehr gläubigen Arztes, hatte sich schon auf der Schule mit Pflichttreue und Ausdauer wissenschaftlichen Studien gewidmet. Auf dem Lycée Henry IV. war er einer der besten Schüler. Seine gründlichen naturwissenschaftlichen Kenntnisse, die selbst einen Balard, den Entdecker des Broms, in Erstaunen setzten, erwarb er zum größten Teil durch Selbststudien. Balard, Professor am Collège de France, zögerte nicht, den jungen Berthelot als Vorlesungsassistenten anzunehmen. In dieser Stellung beschäftigte sich Berthelot mit dem Glycerin (dem sogenannten „Deifisch“). Er spürte der Natur der Fette, die Theoretiker bereits vier Jahrzehnte vorher zu erforschen begonnen hatten, weiter nach, und so entstand seine berühmte Untersuchung: „Die Verbindung des Glycerins mit den Säuren und die künstliche Herstellung der natürlichen Fette.“ Weitere Arbeiten auf organischen Gebieten folgten, und so ungern Balard seinen tüchtigen Vorlesungsassistenten scheiden sah, uneigennützig sorgte er dafür, daß der junge Forscher einen Beitritt zur organischen Chemie an der Ecole de Pharmacie erhielt.

Rum konnte Berthelot, den sein wissenschaftlicher Beruf nicht der Fähigkeit beraubt hatte, romantisch zu lieben, seinen größten Herzenswunsch erfüllen. Er konnte zum Lebensbunde mit der schönen Tochter des bekannten Uhrenfabrikanten und Herstellers wissenschaftlicher Instrumente, Broquet, schließen. Inzwischen war er der von ihm eingeschlagenen Richtung in der Chemie immer eifriger gefolgt. Er suchte die Stoffe, namentlich die organischen Verbindungen, nicht nur zu analysieren, sondern auch aus ihren Elementen aufzubauen. Er wurde zum bewußten Gründer der synthetischen

Chemie. Heute, da die Zahl der sogenannten organischen Verbindungen wohl schon auf ungefähr 150 000 gestiegen ist, kann man sich gar nicht mehr vorstellen, welche Pionierarbeit der arbeitstreudigen, genialen Chemiker geleistet hat. Das Azetylen stellte er zuerst rein dar und zeigte, wie man es aus seinen Elementen, dem Kohlenstoff und Wasserstoff im elektrischen Lichtbogen unmittelbar gewinnen könne. Aus dem Azetylen gewann er durch Anlagerung der gleichen Moleküle — heute sagt man Polymerisation — das Benzol. Damit war der Übergang aus den sogenannten Fettsäuren zu den aromatischen gewonnen. Grubengas, Methylnaphthalin, Oxalsäure, Blausäure — man müßte mehrere Kapitel eines Lehrbuchs der organischen Chemie abschreiben — gewinnt Berthelot aus diesen Elementen, und er zeigt zugleich die Wege, wie man ganz allgemein die verschiedensten organischen Verbindungen gewinnen könne. Der bescheidene Lehrstuhl an der Ecole de Pharmacie genügt dem Forscher nicht mehr, und das Ministerium zögerte nicht, einen neuen Lehrstuhl für Chemie am Collège de France für ihn zu schaffen. Berthelot behielt ihn bis an sein Lebensende. War er bisher ein Meister im Auffspüren der Wege, um neue Verbindungen zu schaffen, so wußte er jetzt die Gesetze, unter denen die Verbindungen sich vollziehen, erklären. So entstanden seine Untersuchungen über den Gleichgewichtszustand in Lösungen, so seine Arbeiten über Thermodynamik. In Verbindung damit erfand er die kalorimetrische Bombe, um die Verbrennungswärme organischer Körper zu bestimmen. Rag auch manches von diesen Arbeiten überholt sein, mag manches von den Schlüssen, die Berthelot zog, der experimentellen Prüfung späterer Jahrzehnte nicht standgehalten haben, so hat er doch damit neue fruchtbare Provinzen der Chemie und der ihr verwandten Physik erschlossen. Er, der Menschenfreund, sah in den letzten Jahren gewissermaßen eine Erholung darin, die Chemie des Alters zu studieren. Er suchte festzustellen, wie der Boden den Stickstoff aufnimmt, er hoffte durch elektrische Einflüsse den Pflanzenwuchs zu beschleunigen und die Ertragsfähigkeit des Ackers zu erhöhen. Man ist auch heute in den Fragen der sogenannten Elektrotultur nicht viel weiter gekommen als Berthelot.

Der große Gelehrte, einer der vierzig „Unsterblichen“, wurde in den Senat gewählt, zeigte großen Eifer für die Hebung des wissenschaftlichen Unterrichts, war eine Zeitlang Unterrichtsminister, ja sogar Minister des Auswärtigen. Aber der parlamentarische Betrieb behagte ihm keineswegs. Von dem politischen Treiben zog er sich ganz in seine Häuslichkeit und in sein wissenschaftliches Zustium zurück. Hier beschäftigte er sich mit dem alten Griechisch und mit mittelalterlichem Latein, um den Anfängen der Chemie nachzugehen; auf diesem Gebiete hat er vieles richtiggestellt. Weit aussehende Gedanken über „Wissenschaft und Kultur“, über „Wissenschaft und Ethik“ erfüllten ihn, als sein Lebensabend hereinbrach. Aber die Sorge um die lebende Gattin nahm nun seine ganzen Kräfte in Anspruch. Frau Berthelot litt seit Jahren an einer Herzkrankheit. Oft genug machte ihr Gatte, dem selbst eine Verkalfung der Herzkräftern zu schaffen machte, an ihrem Bett. Eines Tages hatte er für wenige Stunden das Krankenzimmer verlassen; während seiner Abwesenheit schielte Frau Berthelot sanft hinüber. Es war am 18. März 1907. Eine Stunde später wachte auch Marcellin Berthelot nicht mehr unter den Lebenden. „Philemon und Baucis“ hatten die Freunde das Ehepaar genannt. Vereint, wie sie gelebt, sollten sie auch im Tode sein, und an der ruhmreichsten Gruftstätte von Frankreich, dem Pantheon, haben beide ihre letzte Ruhestätte gefunden.

„Lebendige Ursprünge des Theaters.“ Im Rahmen der Veranstaltungen der Humboldt-Hochschule hielt Dr. Johannes Günther einen Vortrag über „Lebendige Ursprünge des Theaters“. Er zeigte, wie das Theater sich überall aus der Sehnsucht des Menschen nach einer Steigerung des eigenen Seins entwickelte. Der Mensch will sich selbst stärker, intensiver erleben, als er es im Alltag kann. So spielt er selber Theater oder läßt es sich vorspielen. Vieles geht das Theater aus künstlichen Handlungen hervor, denn auch diese entspringen im Grunde nichts anderem als der Sehnsucht nach Steigerung des Seins aus dem Alltags heraus. Die begünstigten sich die Menschen statt mit dem Theater mit Puppenspielen, Maskentänzen und Tänzen. Dr. Günther zeigte, wie sich zum Beispiel in den Ländern des Ostens die Grenzen zwischen Tanz und Pantomime verwischen. Die unendlich gräßlichen Handbewegungen der Tänzer sind nicht nur rein künstlerische Gesten, sondern sie haben fast immer wirklich die Bedeutung eines gesprochenen Wortes. Der Orientale kennt diese Sprache der Hände, und daher ist ihm der Tanz seiner Künstler Pantomime, obwohl er auf den Europäer als absoluter Tanz wirken muß. Dr. Günther streifte dabei auch die Bedeutung des Tanzes oder vielmehr der tänzerischen Bewegung für die Bühne unserer Zeit. Man erkennt heute schon ganz allgemein, wie unerlässlich für den Schauspielers die körperliche Beherrschung seines Körpers ist. Vieles lassen sich sogar Bühnenjungen nur wirklich eindrucksvoll durch den Tanz gestalten. Dr. Günther wies darauf hin, wie unwahrscheinlich und lächerlich im allgemeinen naturalistische Kampfbilder auf der Bühne wirken, und zeigte dann an Lichtbildaufnahmen, wie man durch den Tanz wirklich in das Erlebnis „Ramp“ zu gestalten.

Bibel-Tänze. Erj Bos und Trail Gadescom im Badjaal. Kleine Sächelchen, hübsche Niedlichkeiten, Rippes und Kuriositäten. Zierkunst, Amüsierkunst, die das Auge erheitert, die Seele berührt. Balletgeist und — im wesentlichen — Ballettechnik. Erj, ein nettes Temperamentchen, das im ausschweifenden, jubelnden Sprung, im ausgelassenen Wirbel (Brahmische „Wolger“, „Trance“) und vor allem im gräßlichen, leicht parodistischen Scherz („Mewett antique“) sein bestes gibt. Eine Tänzerin kleinen Formats, deren Ausdruckskraft bis zur Gestaltung sanfter Sehnsüchte reicht („Wiener Wolger“), sich dem Pathos verjagt („Tanz der Lilie“ mit Anklängen an Jofino „Sterbenden Schwan“). Trail, körperlich und geistig schwerer geworden, seit ich ihn das letzte Mal sah. Seine Tänze mündlich in der Ausdrucksform, zumellen weißlich in der Vision und Komposition („Allegrias“ und andere). Unmöglich in der Nachbildung orientalischer Stile, die verflucht („Stamess“) oder fortliert („Lotusland“) werden. Am sympathischsten in anspruchslosen rhythmischen Impressionen („Cymbalantara“, „Baika“), die er in glatter Technik schamlos vorträgt. Dem Zweitanz „Cordoba“, der das Programm schloß, einem wohlfeilen Effektivaller, managte der exakte Zusammenhang.

Die Reichstagsveranstaltung der Bühnengesellschaft findet in diesem Jahre am Sonntag, dem 20. Oktober, nachmittags 4 Uhr, unter Leitung von Karl Wein in sämtlichen Räumen des Reichstagsgebäudes statt. Selbstverständl. Opern-Operette. Die der „Tanz“ auf S. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Die Flaggen des Reichs.

Vorschläge der „Vereinigung Republikanische Presse“

Der Arbeitsausschuss der „Vereinigung Republikanische Presse“ hat praktische Vorschläge zur Regelung der Flaggenfrage ausgearbeitet, die der Reichsregierung und den Reichstagsfraktionen der Demokraten, der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei zugeleitet worden sind und für deren gesetzgeberische Durchführung die republikanische Presse sich einsetzen wird.

1. Vorschlag betreffend die Nationalflagge:

Jeder Deutsche, der eine ausländische Flagge hißt, ist verpflichtet, in gleicher Höhe und in gleicher Größe eine Flagge in den Reichsfarben Schwarzrotgold zu hissen.

Begründung: Der bekannte Flaggenkonflikt mit den Berliner Hotels hatte seinen Ursprung darin, daß das Hotel Adlon am amerikanischen Unabhängigkeitstag und der Kaiserhof anlässlich eines Besuches des New-Yorker Bürgermeisters Walker das Sternenbanner der Union hießen, während die deutsche Nationalflagge trotz Aufforderung nicht gezeigt wurde. Inzwischen hat sich der Hotelverein bereit erklärt, auf seine Mitglieder dahin zu wirken, daß neben ausländischen Flaggen auch „die deutschen Reichsflaggen“ zu zeigen sind. Eine gesetzliche Regelung, wie sie übrigens im Ausland mehrfach besteht, ist indes notwendig, einmal, weil die Beachtung dessen, was die nationale Würde verlangt, nicht in das freie Ermessen der Hotelbesitzer gestellt sein darf, sondern, weil es sich nicht nur um die Hotels, sondern auch um Räumlichkeiten und Veranstaltungen anderer Art — man denke an Flughäfen, Empfangs- in öffentlichen Häfen, Schiffe usw. — handelt.

2. Vorschlag betreffend die Handelsflagge:

Die schwarzrotgoldene Bösch, die nach der Reichsverfassung für die Handelsflagge vorgeschrieben ist, muß ein Viertel des Flaggentuches ausmachen.

Begründung: Die Weimarer Verfassung hat, aus dem übrigens unzutreffenden Grunde der besseren Sichtbarkeit, als Handelsflagge die Farben Schwarzweißrot mit Schwarzrotgold in der oberen inneren Ecke festgesetzt. Diese Kompromißlösung hat dahin geführt, daß einerseits von Gegnern der Farben Schwarzrotgold die Handelsflagge ohne jene Beziehung zu dem ihr von der Verfassung angewiesenen Bereich der Handelschiffahrt gezeigt wird, andererseits die schwarzrotgoldene sogenannte Bösch vielfach einen unwichtigen Umfang zeigt, der oft nur ein Zwanzigstel, manchmal sogar einen noch geringeren Bruchteil des Flaggentuches ausmacht. Diesem Mißbrauch der Verfassung muß entgegengetreten werden. Das schwarzrotgoldene Eck muß deutlich sichtbar sein. Das wird dadurch erreicht, daß es den vierten Teil des Flaggentuches bedeckt.

3. Vorschlag betreffend die Reichswehrflagge (bisher Reichsriegsflagge):

Die Reichswehrflagge (bisher Reichsriegsflagge) ist Schwarzrotgold mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte.

Begründung: Der bisher angewandte Ausdruck „Reichsriegsflagge“ ist sowohl und sprachlich falsch. Es handelt sich nicht um eine Flagge für den „Reichsrieg“, überhaupt nicht um eine Flagge für den Krieg, sondern um die Flagge für die Reichswehr. Die Reichsverfassung sieht eine besondere Reichswehrflagge nicht vor. Hält man eine besondere Reichswehrflagge für notwendig, so ist es am zweckmäßigsten, als solche die jetzt schon bestehende Flagge des Reichswehrministeriums zu wählen, die Schwarzrotgold mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte ist. Diese Regelung empfiehlt sich schon deshalb, um die Uebersälle der bereits bestehenden Flaggen einzulängern. Auch ist nicht einzusehen, weshalb die Reichswehr eine andere Flagge als der Reichswehrminister führen soll. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 27. September 1919 legte als Reichsriegsflagge das „bisherige Muster (weißes Flaggentuch mit schwarzen horizontalen und vertikalen Streifen) dem neuen Reichsadler in der Mitte und einer schwarzrotgoldenen Bösch mit dem Eisernen Kreuz fest. Diese Regelung erscheint nicht als sachgemäß, da die alte Kriegsflagge auf den preussischen Farben Schwarzweiß beruht und die Flagge der Reichswehr nicht auf die Farben eines Landes zurückzuführen braucht. Die noch heute gültige Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. April 1921, die eine schwarzweißrote Kriegsflagge mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte und der schwarzrotgoldenen Bösch festsetzt, entspricht weder der Weimarer Verfassung, die die Farben Schwarzweißrot nur für die Handelsflagge zuläßt, für alle anderen Fälle aber Schwarzrotgold als Reichsfarben bestimmt, noch der früheren Tradition, da auch das Kaiserreich eine schwarzweißrote Kriegsflagge niemals gefahrt hat.

Bayerischer Bauernbund.

Parteitag in München. — Gegensätze. — Stellung zur Reichspolitik.

München, 24. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Bayerische Bauernbund, die Konkurrenz der Bayerischen Volkspartei auf dem Lande, hielt am Sonntag und Montag in München seinen ordentlichen Parteitag ab. Der erste Verhandlungstag war vertraulich. Nach dem, was aus den geschlossenen Beratungen aber durchsickerte, scheinen sich die Gegensätze zwischen der radikalen Richtung Sandorfer und der Münchener Parteileitung verschärft zu haben. Die seit langem bestehende Bestimmung der Sandorfer-Richtung über die Konkordatspolitik hat infolge der Haltung der Regierungspartei für den jüngsten innerbayerischen Finanzausgleich einen neuen Auftrieb erfahren.

Am zweiten Tage sprach sich der Bundesvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Eisenberger, sehr scharf gegen die Beamtenbesetzungsreform aus. Der bayerische Landwirtschaftsminister Fehr, der das Hauptreferat hatte, hielt sich vorsichtig zurück und überließ die Entscheidung der Konkurrenzfraktion der Bayerischen Volkspartei im Reichstag. Einem eventuellen Abbau des Landwirtschaftsministeriums im Zuge der Staatsvereinfachung begegnete der Minister mit der Drohung zur äußersten Konsequenz. Die Verfassung des Reiches müsse beachtet werden, weil sie die einzige Grundlage für einen gesunden Föderalismus darstelle. Der dritte Redner, Landtagsabgeordneter Scheibele, betonte, daß der Bauernbund, obwohl eine bayerische Partei, nie zugeben werde, daß das große Deutsche Reich in Stücke gehe. Zuerst komme das Deutsche Reich, man müsse aber verlangen, daß den Ländern die Reichstreue nicht allzu schwer gemacht werde.

Bevölkerungs- und Provinzverteilung. In den nächsten Tagen findet zwischen der preussischen Staatsregierung und den preussischen Provinzialparlamenten auf deren ausdrücklichen Wunsch eine Aussprache über die zwischen der preussischen Regierung und ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten statt.

Auch Polen wählt 1928.

Die Gasse der Sejmtagungen.

Warschau, 24. Oktober.

Im August hatte der polnische Sejm die nötigen Stimmen zusammengebracht, um die Einberufung der am 13. Juli brüst nach Hause geschickten Kammer zu erzwingen. Tatsächlich durfte der Sejm am 19. September zusammentreten, aber nur, um nach eintägigen Beratungen wieder vertagt zu werden. Am 19. Oktober war die Frist dieser Vertagung abgelaufen. Diesmal ließ die Regierung Sejm und Senat überhaupt nicht mehr zusammentreten, sondern schloß die neue Session, ehe sie begonnen hatte. So sind zwar gesetzliche und Verfassungsbestimmungen nicht verletzt worden, und doch kann man sich kaum eine ärgere Verhöhnung des Parlaments denken. Die leeren Formen des Parlamentarismus werden gewahrt, während in Wirklichkeit eine unverantwortliche und unkontrollierte Diktatur regiert.

Das zeigt sich auch deutlich in dem Beschluß des polnischen Kabinetts, eine ordentliche Session des Sejm für Anfang November einzuberufen und ihr das neue polnische Budget vorzulegen. Die offiziöse „Epoka“ gibt zu dieser Einberufung einen bezeichnenden Kommentar, indem sie schreibt, die Einberufung sei der letzte Versuch, der mit diesem Parlament gemacht werde. Das Parlament erhalte dadurch die Möglichkeit, das Budget von sich aus zu verabschieden, aber jeder Versuch, politische Wünsche durchzudrücken, würde verhindert werden. Auch hierbei ist die Regierung im Besitz der nötigen gesetzlichen Handhaben. Unter den Verfassungsänderungen, die die polnische Regierung im Sommer 1926 durchführte, befindet sich u. a. die Bestimmung, daß das Parlament Ende des Jahres zu einer mehrmonatigen Budgetsession zusammentritt. Erledigt das Parlament das Budget nicht, so kann die Regierung die Angelegenheit von sich aus im Verordnungswege erledigen. Das heißt also in der Praxis der polnischen Regierung: Das Parlament darf zusammentreten. Es darf sich aber nur mit dem Budget befassen. Wenn es andere Fragen aufwirft, wird es wieder nach Hause geschickt und die Regierung macht von ihrem Recht Gebrauch, Dekrete an Stelle der Gesetze zu erlassen. Soweit ist es also mit dem Parlamentarismus in Polen gekommen. Das Parlament darf nur aus Gnade sein vornehmstes Recht der Budgetberatung ausüben und auch das nur unter Ein-

schränkungen und Drohungen. Bei dem jetzigen Verhältnis zwischen Sejm und Regierung ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß diese Budgetsession ein vorzeitiges Ende nimmt.

Man kann der polnischen Regierung nicht abstreiten, daß sie die Lage in Polen beherrscht. Ihre Position ist auch durch die amerikanische Anleihe sichtlich gestärkt worden. Trotzdem hat sie zweifellos die Mehrheit des Parlaments und die Mehrheit des Volkes gegen sich. Die Stadtverordnetenwahlen, die in den letzten Wochen in einer Reihe von kongresspolnischen Städten stattfanden, zeigen das deutlich. Geling es doch beispielsweise in Lodz, der größten polnischen Industriestadt, der eigentlichen Pilsudski-Partei nur ein einziges Mandat unter mehr als 100 zu erringen. Auf die Dauer wird also die jetzige Praxis der Regierung, unter Ausschaltung des Parlaments zu regieren, auf immer stärkeren Widerstand stoßen, zumal, wie die bereits erwähnten Wahlen zeigten, gerade die Linksparteien, insbesondere die Polnische Sozialistische Partei, erhebliche Fortschritte gemacht haben.

Somit besteht in den innerpolitischen Verhältnissen Polens eine bedenkliche Spannung, von der sich nicht voraussehen läßt, zu welchen Folgen sie führen kann. Die polnische Regierung scheint entschlossen, den jetzigen Sejm endgültig auszuschalten. Dann muß sie aber, da die Legislaturperiode dieses Sejms Ende des Jahres abläuft, neu wählen lassen, und zwar, da sie ja politische Beratungen des Sejms nicht mehr dulden will, nach der bisherigen Wahlordnung. Dann aber ist mit Sicherheit zu erwarten, daß auch der neue Sejm in seiner Mehrheit oppositionell ist, und vielleicht weniger gefügig als der jetzige. Um die Auseinandersetzung, ob Polen noch eine Demokratie ist, wird die Regierung schwerlich herumkommen, und diese Auseinandersetzung könnte recht stürmische Folgen annehmen.

Vor einem Grubenarbeiterstreik!

Warschau, 24. Oktober. (II.)

Nach Meldungen aus dem Dombrowaer Kohlenrevier droht dort der Ausbruch eines allgemeinen Streiks der Bergarbeiter. Die Lohnverhandlungen sind ergebnislos geblieben. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeitergewerkschaften hat darauf den Generallstreik angekündigt.

Der Deutsche in der Mandatskommission.

Annexionen durch das Schulbuch.

Genf, 24. Oktober.

In der Eröffnungsrede zur 12. Tagung der Mandatskommission des Völkerbundes begrüßte der Präsident das im September vom Rat ernannte deutsche Mitglied, Geheimrat Dr. Raftl, der für die warmen Begrüßungsworte dankte und der Kommission versicherte, daß er im Bewußtsein der von ihm übernommenen Verantwortung nach besten Kräften und bestem Wissen an den Arbeiten mitwirken werde.

Der Präsident hat um pünktliche Zustellung der Jahresberichte der Mandatsmächte an die Kommission, da das unpünktliche Eintreffen dieser Berichte die Arbeit der Kommission wesentlich erschwert.

Nach der allgemeinen Berichterstattung über die Arbeiten des Rates und der Versammlung über Mandatsfragen berichtete der holländische Vizepräsident von Rees u. a. über die Stellungnahme der Schulbücher zum Problem von Mandatsgebieten. Die Schulbücher verschweigen nämlich die Tatsache, daß die früheren deutschen Kolonien von den Alliierten nicht einfach annektiert sind, sondern zum Völkerbund übermacht werden. Sollte es später einmal zu Debatten über eine neue Mandatsverteilung kommen, so würden dann Millionen von Franzosen und Engländern nicht wissen, daß die Mandatsgebiete nicht ihren Ländern gehören, sondern der Völkergemeinschaft.

Minister als Aufsichtsräte.

In Dänemark zum Rücktritt gezwungen. — Niederlagen des Kabinetts.

Kopenhagen, 24. Oktober. (Eigenbericht.)

Die dänische Regierung erlitt in der vorigen Woche im Reichstag zwei moralische Niederlagen. Die erste wurde ihr von der Sozialdemokratie mit einer Interpellation über die plötzliche Verabschiedung eines staatlichen Bankinspektors durch den Handelsminister bereitet. Die Verabschiedung war in doppelter Weise eine sehr zweifelhafte Handlung. Der Minister hatte weder die Beamtenvertretung gefragt noch zureichende Gründe für eine sofortige Amtsenthebung aufzuweisen, außerdem aber hatte der Bankinspektor früher eine Zusammenstoß mit dem jetzigen Justizminister gehabt, so daß die Verabschiedung sehr stark nach einem Racheakt aussah. Die Regierung mußte unter diesen Umständen erleben, daß keine Partei außer ihrer eigenen, der Bauernlinken, die Verabschiedung gutließ. Da aber die Konservativen wählbar sind und keine politischen Konsequenzen aus ihrer Mißbilligung ziehen wollten, stimmten sie gegen die Mißtrauensvoten der Sozialdemokraten und Radikalen. So wurde das Kabinett noch einmal mit 74 gegen 73 Stimmen gerettet.

Dieser moralischen Niederlage folgte eine zweite auf dem Fuße. Im Sommer hatte der dänische Reichstag ein Gesetz angenommen, das von allen Ministern verlangt, Aufsichtsrats- sätze in Privatgesellschaften während ihrer Ministeramtzeit abzugeben. Da in diesem Gesetz auch von „Ausnahmen“ die Rede war, hatten die jetzigen Minister einfach alle ihre Aufsichtsratsplätze, und das waren sehr viele und einträgliche, als „Ausnahmen“ behalten. Selbst den Konservativen wurde diese aufgelegte Mißachtung eines Gesetzes zu viel, und mit ihren Stimmen verlangte der Ausschuß zur Ueberwachung des Gesetzes von den Ministern des Verzicht auf 7 Aufsichtsratsätze. Anfangs drohte das Ministerium damit, in diesem Verlangen ein Mißtrauensvotum zu sehen und einige Zeitungen wollten schon wissen, daß der eine oder andere Minister die Aufsichtsratsätze vorziehen werde. Im Parlament aber erklärte der Ministerpräsident im Auftrage des Kabinetts dem Reichstagspräsidenten, daß alle Minister sich entschlossen hätten, dem Verlangen des Ausschusses nachzukommen. Daß dieser Rückzug nach starken Worten der oppositionellen Linken Wasser auf ihre Mühle ist, ist begreiflich. Selbst die konservativen Hauptstahlblätter schlagen sich immer unerbötlicher auf die Seite der Opposition und bemängeln das Ausweichen des Kabinetts vor einer offenen Auseinandersetzung mit dem Plenum des Reichstags.

Nur die konservative Fraktion hält das Kabinett noch. Den Grund hierfür bilden acht Gesetzesvorschläge der

Sozialdemokraten zur Behebung der Arbeitslosigkeit, Schaffung einer neuen außerordentlichen Unterstützung für die Arbeitslosen, Bekämpfung der Kreditnot der Kleinbauern u. a., die in diesen Tagen vor den Reichstag gelangt sind. So sehr die Front der Konservativen und der Bauernlinken zerfallen ist, für einen antisozialen Kurs ist sie noch stark genug. Auch in der Verweigerung der Abstriche am Militärbudget, die von Sozialdemokraten und Radikalen eingebracht worden sind, wird die Rechte sich wieder zusammenfinden. Fast jede Sitzung des dänischen Reichstags führt zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierung. Aber so viel ist klar, daß das Kabinett nicht in einer großen Frage zu stürzen ist. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß irgendeine taktische Wendung im Verlaufe dieser auseinanderstrebenden Gegensätze, vielleicht sogar ein Zufall, doch einmal auch die letzte Stimme Mehrheit, die nach den Ereignissen dieser Woche der Regierung verblieben ist, in einer Abstimmung abspizt.

Weltliche Schule — in der Türkei.

Kemal Paschas Partei gegen den kirchlichen Einfluß.

Angora, 24. Oktober.

In der auf der Tagung der Volkspartei Kemal Paschas einstimmig angenommenen Schlußentscheidung heißt es: Unsere republikanische, laizistische und nationalistische Volkspartei ist der Auffassung, daß es von überragender Wichtigkeit ist, die wirtschaftlichen Interessen des Volkes zu schützen. Sie stellt auf dem Gebiet des Rechtswesens den Hauptgrund auf, daß die Grundlage der Organisation und der Gesetze der Republik der Geist und die Formeln der heutigen demokratischen Zivilisation sein müssen, und im Unterrichtsweisen die Schaffung einer nationalen und weltlichen Einheitschule.

Ein englischer Soldat, der am 9. Oktober in Kronberg bei Wiesbaden einem Feldhüter Haas bei einem Streit einen Stoß in den Leib versetzt hatte, an dessen Folgen der Deutsche verstarb, wurde gestern vom englischen Kriegsgericht in Wiesbaden freigesprochen, weil Notwehr angenommen wurde.

Ueber den Eisenbahnverkehr an der deutsch-tschechischen Grenze finden in Prag Verhandlungen statt.

Drei neue südamerikanische Gesandte — die von Chile, Uruguay und San Salvador — übergaben dem Reichspräsidenten ihr Beglaubigungsschreiben.

Im Pariser Schwarzbarth-Prozess traten gestern mehrere aus der Ukraine stammenden Zeugen — Juden und Nichtjuden — auf. Sie bekundeten übereinstimmend die persönliche Schuld Peckuras an den Judenmassakern, die von dessen Truppen verübt wurden.

Kulturland Ungarn. Gestern abend zog eine kleine Gruppe demonstrierender Studenten mit den Rufen „Nieder mit den Juden!“, „Hoch der Rumerus Clausus!“ auf den Elisabethring und zerriff die Plakate des „Ungarisch-Verlogen“. Die Demonstranten wurden durch berittene Polizei auseinandergetrieben, mehrere wurden in Gewahrsam genommen.

Bekanntlich . . .

Fugenbergische Berichterstattung.

Auch der „Lokal-Anzeiger“ berichtet — o Wunder — über die Reichsbannerdemonstration in Arensdorf. Wie er das macht, ist allerdings ein Kapitel für sich. Die Erzählung wird eingeleitet mit dem harmlosen Schönen:

In dem märkischen Dörfchen Arensdorf (Kreis Sebus), wo bekanntlich seinerzeit ein Geistesgestörter einen Reichsbannermann erschossen hat, wurde am gestrigen Sonntag usw. usw.

Bekanntlich sind in Arensdorf zwei Reichsbannerleute erschossen und mehrere verwundet worden. Bekanntlich steht keineswegs fest, daß der Täter Schmeiser geistesgestört ist, sondern es steht fest, daß er bereits einmal rechtskräftig verurteilt ist, und daß trotz seiner jetzigen Schutzhauptung das Verfahren gegen ihn seinen Fortgang nimmt. Aber bekanntlich pflegt man sich im Hause Fugenberg über so nebensächliche Dinge wie Tatsachen, zumal wenn sie peinlich, nicht weiter aufzuhalten, denn — was ich nicht beweisen kann, das sehe ich als „bekanntlich“ an!

Nach dem Braunkohlenarbeiterstreik.

Geschlossenheit der Arbeiter - Uneinigkeit der Unternehmer.

Uns wird geschrieben:
Die Braunkohlenarbeiter in Mitteldeutschland konnten einen fast täglichen Streik erfolgreich beenden. Die Organisationsverhältnisse waren beim Eintritt in die Bewegung nicht besonders günstig, immerhin waren wieder über 50 Proz. der Braunkohlenarbeiter organisiert. Seit dem unglückseligen Zusammenbruch der Streikbewegung im Herbst 1923, die nicht von den Gewerkschaften ausgegangen war, hatten die Unternehmer nichts gescheut, um eine gelbe Bewegung großzuzüchten.
Die Kommunisten hatten den Unternehmern allerdings ausgezeichnet vorgearbeitet. Die große Masse der aus allen Gegenden Deutschlands zusammengehörten Arbeiter, die in Mitteldeutschland fernab von allen Großstädten im Braunkohlenbergbau und in den auf diesem basierenden Industrien beschäftigt sind, boten den Kommunisten ein ausgezeichnetes Versuchsfeld für ihre Futtschaktik. Hier hatte die KPD.

Im März 1921 den mitteldeutschen Aufstand organisiert, hier hat sie in den nachfolgenden Jahren gegen die freien Gewerkschaften sowohl im Bergbau wie in der auf diesem beruhenden chemischen Industrie eigene Gewerkschaftsorganisationen aufgezogen.
Die politische wie die gewerkschaftliche Futtschaktik der Kommunisten hat dort elend Schiffbruch gelitten. Die KPD. hat diese entwürfelte Arbeitermasse ohne moralischen und organisatorischen Halt

den Experimenten des Stahlhelms ausgeliefert.
Es ist kein Zufall, wenn die Gelbte und Düstere gerade in Mitteldeutschland Erfolg haben konnten.
Und dann gingen die Unternehmer dazu über, mit den bekannten terroristischen Mitteln die Gelben hochzuzüchten.
Der Achtstundentag wurde beseitigt, und hier hatte der Reichsarbeitsminister besonders schwer gefündigt, und

Schichten von 12, 14 und 16 Stunden waren an der Tagesordnung. Bisherige wäre es den Unternehmern gelungen, hier einen Wall gegen das Eindringen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften aufzurichten, wenn die Bühren, Pfätschel, Leopold und Konforten es verstanden hätten, Maß zu halten. Die Unternehmer haben aber die Braunkohlenarbeiter so gepeinigt,

daß selbst die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter, die durch die bittere Schule der Kommunisten, der Stahlhelmer und der Gelben gegangen sind, wieder den Weg zu den freien Gewerkschaften fanden.
Ungemein schwer war die Arbeit der Gewerkschaften. Sie war aber erfolgreich. Bei Ausbruch des Streiks waren über 52 Proz. der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter wieder gewerkschaftlich organisiert. Der Streik hat den Siegeszug des Verbandes vollendet. Die Kommunisten, die Stahlhelmer, die Gelben und die Scharfmacher im Unternehmertum, sie alle zusammen haben abgewirtschaftet.
Auf die unorganisierten Massen gestützt, glaubten die Braun-

kohlenunternehmer nach eigenem Ermessen herrschen zu können. Sie haben sich getäuscht.
Sie lehnten im Juli d. J. einen vom Arbeitsministerium gefällten Schiedspruch ab, der nur eine dreiprozentige Lohnerhöhung vorsah. Die Gewerkschaften nahmen ihn trotz unzulänglichen Entgegenkommens an und beantragten Verbindlichkeitsklärung. Sie wurde vom Arbeitsminister nicht ausgesprochen und so dem Schlichter, der den Schiedspruch gefällt hatte, eine schallende Ohrfeige versetzt.
Zähneknirschend mußten sich die Braunkohlenarbeiter mit ihren niedrigen Löhnen abfinden. Die Gewerkschaften konnten die Bewegung wegen der ungünstigen Zeit im Hochsommer nicht weiter fortsetzen, aber im September wurden neue Forderungen erhoben. Die Unternehmer lehnten wieder jedes Entgegenkommen ab.

Nicht einen Pfennig Zulage wollten sie geben. Die Gewerkschaften leiteten nun die Kündigungskampagne ein. Die Unternehmer stellten sich, als glaubten sie nicht an den Ernst der Lage. Noch in den letzten 24 Stunden vor dem Streik waren sie zu keinem Entgegenkommen bereit. Aber auch das Arbeitsministerium versagte wieder. Im Schlichtungsverfahren wurde ein Schiedspruch in Aussicht gestellt, der höchstens 6,5 Proz. Aufbesserung des Tariflohnes gleich 25 bis 35 Pf. je Schicht bringen sollte. Da riß denn auch selbst den in den Stahlhelm und die Wertgemeinschaft Geprägten der Geduldsfaden und auch sie traten am 17. Oktober mit in den Aufstand. Die Unternehmer verlangten, daß

gegen den Streik in Aktion treten sollten. Die Streikenden bewahrten eine bewundernswürdige Disziplin.
Am dritten Streiktag war denn auch das Arbeitsministerium von der Notlage der Braunkohlenarbeiter überzeugt. Ohne Einfluss ist die Zahl der am Streik teilnehmenden Arbeiter auf den Gefinnungsweg dieser Behörde allerdings nicht gewesen, das dürften sich auch die Arbeiter in der Zukunft merken. Am fünften Streiktag wurde dann der bekannte Schiedspruch gefällt. Die Braunkohlenarbeiter haben einen großen Erfolg errungen. Sie sollten sich aber auch bewußt sein, daß er nur durch ihre Geschlossenheit erzielt werden konnte.

Und die Unternehmer?
Sie streiten sich heftig. Fast zwei gleich starke Parteien ringen im Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau miteinander. Der Leitende wird vorgeworfen, daß sie durch ihre ungeschickte und unangenehme Taktik diese Niederlage verschuldet habe. In den Beratungen des Arbeitgeberverbandes in der vergangenen Woche sind die heftigsten Reden gegeneinander gehalten worden. Von der einen Seite wird behauptet, daß es besser gewesen wäre, sich vor dem Streik mit den Gewerkschaften zu verständigen.
Wir haben an diesem Unternehmertum weiter kein Interesse, sondern wollten nur diese Tatsache öffentlich feststellen. Wenn die Mehrheit der Unternehmer im Braunkohlenbergbau nach dieser Bewegung erkennt, daß es nicht gut ist, den Bogen zu überspannen, dann ist auch ihnen gebietet.

Der Magistrat prüft.
Zur Lohnbewegung der städtischen Arbeiter.
In der Angelegenheit der zwischentariflichen Regelung der Löhne der städtischen Arbeiter fanden am gestrigen Tage mit dem städtischen Tarifvertragsamt wieder Verhandlungen statt.
Die Vertreter des Verbandes wiesen auf die durch die Teuerung entstandene schwierige Lage der städtischen Arbeiter hin. Die ablehnende Entscheidung des Magistrats vom 5. Oktober habe in den Betrieben eine ungeheure Erregung hervorgerufen, weil allgemein angenommen werden mußte, daß der Magistrat dem einstimmigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, die Löhne um 10 Pf. pro Stunde zu erhöhen, Rechnung tragen würde. An der Hand der Kosten der Lebenshaltung wurde nachgewiesen, daß vom Zeitpunkt des Abschlusses der gegenwärtig geltenden Lohnverträge bis zum heutigen Tage eine so erhebliche Verschlechterung des Reallohns der Arbeiter und Arbeiterinnen eingetreten ist, daß der Magistrat sich dahin entscheiden muß, der Organisation die buchstäbliche Einhaltung des Tarifvertrags billigerweise nicht zugumuten.
Wie aus den Ausführungen des Vertreters des Tarifvertragsamts hervorgeht, hat der Magistrat zur Prüfung dieser Frage einen besonderen Ausschuss eingesetzt. Der Ausschuss werde nach erfolgter Prüfung dem Magistrat bestimmte Vorschläge machen.
Die Vertreter des Verbandes nahmen zur Kenntnis, daß der Magistrat mit der Einsetzung dieses Ausschusses seine ablehnende Haltung aufgegeben habe. Eine gerechte Nachprüfung des zur Verfügung stehenden Materials werde die Berücksichtigung der Anträge ergeben. Verlangt werden müsse schnellste Erledigung der Angelegenheit.
Die Differenz, die in den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats in der Lohnfrage zum Ausdruck gekommen ist, hat, wie schon oben bemerkt, in den Betrieben ungeheure Erregung hervorgerufen. Die städtischen Arbeiter erwarten, daß der Magistrat schnellste Arbeit leistet und den wohlbegründeten Ansprüchen der Arbeiter Rechnung trägt.

Zwischentarifliche Lohnerhöhung.
Für die Hamburger Hoch- und Straßenbahner.
Den Hamburger Hoch- und Straßenbahnern wurde nach schwierigen Verhandlungen mit der Direktion der Hamburger Hochbahn-A.G. vom 1. Oktober an eine Lohnerhöhung von 3 Pf. die Stunde für männliche erwachsene Arbeiter von 2 Pf. die Stunde für Frauen zugesprochen. Die Lohnbewegung wurde eingeleitet auf Grund einer bei der letzten Lohnverein-

barung im März festgelegten Klausel, wonach während der Dauer des Vertrags, der an sich bis zum 31. März nächsten Jahres läuft, auch dann eine Lohnerhöhung vorgenommen werden kann, wenn sich am 1. Oktober herausstellt, daß wesentliche wirtschaftliche Veränderungen eingetreten sind.

Nach dem Brauerstreik.
Eine Zuschrift der Unternehmer.
Wir erhalten vom Verein der Brauereien Berlins und Umgebung ein Schreiben, in dem es heißt:
"Nach den von uns getroffenen Feststellungen haben alle Brauereien die ihnen aus dem Schiedspruch abliegenden Verpflichtungen erfüllt und sämtliche nach dem Schiedspruch einzustellenden Arbeiter wieder eingestellt. Wir wären Ihnen verbunden, wenn Sie zur Vermeidung unzutreffender Auffassungen sich diesen Tatbestand dienen lassen würden."
Leider trifft die Mitteilung des Vereins der Brauereien nur bedingt zu. So hat die Landré'sche Weißbierbrauerei, angeblich auf Anraten des Vereins der Brauereien, es fertiggebracht, am Sonntag neun Brauer fristlos zu entlassen, obwohl acht von ihnen einen klaren Anspruch auf achtstägige Kündigung haben. Auch sonst spürt bei einzelnen Betriebsleitern eine etwas sonderbare Zuneigung zu Streikbrechern noch herum. Wir wollen aber hoffen, daß auch diese letzten Unstimmigkeiten friedlich beseitigt werden. Schließlich haben die Brauereien, die mit dem letzten Verbraucher zu rechnen haben, kein Interesse daran, in den Ruf von Scharfmachern zu kommen.

Die Löhne der Reichsarbeiter.
heute Besprechungen im Reichsfinanzministerium.
Die Besprechung der Vertreter der Arbeiter mit dem Reichsfinanzminister über die neue Regelung der Löhne der Reichsarbeiter ist auf Dienstag vormittag 10 Uhr angesetzt worden.

Zum Lohnstreit der Maßschuhmacher.
Im gestrigen Termin beim Arbeitsgericht über den Lohnstreit der Maßschuhmacher ist eine Entscheidung darüber, ob das Abkommen noch besteht, nicht gefällt und ein neuer Termin zum Freitag, dem 28. Oktober, um 14 Uhr, angesetzt. Weitere Anweisungen und Mitteilungen der Branchenleitung ergeben in den nächsten Tagen.

Schiedspruch für die westdeutsche Kanalschiffahrt.
Dortmund, 24. Oktober. (Eigenbericht).
Am Montag wurde in dem Lohnstreit in der westdeutschen Kanalschiffahrt ein Schiedspruch gefällt, der u. a. die Erhöhung der Lohnabteile für Kapitäne und Maschinisten um 13 Proz. für die übrigen Kategorien um 8 Proz. vorsieht. Diese Regelung kann mit einmonatiger Kündigungsfrist erstmalig zum 1. August 1928 gekündigt werden. Die Unternehmer verhalten sich dem Spruch gegenüber absolut ablehnend.

Der Gladbacher Schiedspruch abgelehnt.
München-Gladbach, 24. Oktober. (MAB.)
Eine Funktionärversammlung der Gewerkschaft der Betriebsarbeiter im Rünchen-Gladbacher-Rheinischer Bezirk sprach sich für Ablehnung des vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruches aus. Dementsprechend wurde der Spruch bereits in einer Versammlung

der Rheinischer Ortsgruppe des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Betriebsgewerbes mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die weiteren Abstimmungen ein ähnliches Ergebnis haben werden.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund 1926-1927.
(MAB.) Dem der Jahresversammlung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. of L.) unterbreiteten Tätigkeitsbericht für das Jahr 1926/27 entnehmen die Presseberichte des MAB., daß sich die Mitgliederzahl der A. F. of L. am 31. August 1927 auf 2 812 407 stellte, gegen 2 803 966 im Jahre 1926. Die höchste Zahl verzeichnete die A. F. of L. im Jahre 1920 mit 4 078 740. Bei Kriegsausbruch belief sich die Ziffer auf 2 020 671, im Jahre 1897 auf 264 825 und im Jahre 1881 auf kaum 50 000. Die 106 der A. F. of L. angehörenden nationalen und internationalen (Vertretigte Staaten und Kanada) Verbände setzen sich aus 29 394 lokalen Gewerkschaften zusammen. Außerdem sind der A. F. of L. 365 lokale Organisationen direkt angeschlossen. In den verschiedenen Staaten gibt es insgesamt 49 Staatsföderationen.

Die Einnahmen der A. F. of L. betragen im Geschäftsjahr 1926/27 524 284,74 Dollar. Dazu kommt ein Saldo von 210 391,95 Dollar per 31. August 1926, so daß sich die gesamten finanziellen Mittel auf 734 676,70 Dollar stellen, denen Ausgaben in der Höhe von 485 033,96 Dollar für die 12 Monate des Geschäftsjahres gegenüberstehen. Der Saldo per 31. August 1927 beträgt 251 642,74 Dollar. Von diesem Gesamtbeitrag entfallen 217 830,56 Dollar auf den Kampffonds für die angeschlossenen lokalen Organisationen. Dieses Geld darf nur zur Bezahlung von Streik- und Auspersungsgeldern für die Mitglieder dieser Organisationen verwendet werden. Der Rest von 33 803,18 Dollar geht in den allgemeinen Fonds und steht für allgemeine Zwecke zur Verfügung. Der Bericht gibt genaue Aufschlüsse über die ganze Wirksamkeit der A. F. of L. und umfaßt Kapitel über Lohn- und Arbeitszeitaktionen, Bildungsbestrebungen, Sozialpolitik, Kampf gegen die Company Unions (Wertgemeinschaften), Organisationsarbeit, Arbeiterbankwesen, Wanderungsfragen usw.

Abteilung, Siemens-Schuckert-Kabelwerk im Mittwoh, 24. Oktober, 16 Uhr, im Lokal Sommer, Siemensheim, Ecke Wäckercher Steig. Berammlung aller SPD-Arbeiter und -angehöriger. Wichtigste Tagesordnung: Mitgliederbucher mitzubringen. Der Fraktionsvorsitz.

Zentralverband der Schuhmacher. Generalfeststellung am Mittwoh um 18 Uhr in Hofers Hof, Weidstr. 17. Tagesordnung: Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung für die Zeit ab 1. April 1927. Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, zu erscheinen. Mitgliedsbucher mit am Saaleingang vorzubringen.

Kolon, Berl- und Schmeißerklub. Mittwoh, 24. Oktober, 19 1/2 Uhr, in den Ceylon-Sälen, Sophienstr. 17-18. Tagesordnung: Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung für die Zeit ab 1. April 1927. Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, zu erscheinen. Mitgliedsbucher mit am Saaleingang vorzubringen.

Gruppe des MAB. Freie, Dienstag, Turnabend von 10-12 Uhr in der Turnhalle der Schule Bernauer Str. 30 (Leitung: Lehrer Götz). Turnstunden mitbringen.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Freie, Dienstag, 19 1/2 Uhr, tags die Gruppen: Franzosen-Allee: Gruppenheim Stadt, Gruppenheim Plauer Straße 18, Zimmer 2. Sonntag: Das junge Deutschland. - Landsberger Platz: Gruppenheim Döberitzstr. 5. Sonntag: Der Verband im Haus, das Haushalten. - Lichtenberg: Gruppenheim Jugendheim Poststr. 20. Unterhaltungsabend. - Treptow: Gruppenheim Schul-Willenbruchstr. 18-24 (Zentralkammer). - Wie sind unter uns. - Pätz: Gruppenheim Lichtenberg, Ecke Sommerstraße, Unterhaltungsabend. - Schöneberg: Gruppenheim Kaufmann Str. 2. Gruppenheim und Gegenwart. - Schöneberg: Gruppenheim Kaufmann Str. 2. Gruppenheim (Arbeitnehmervereine). Beginn pünktlich 10 Uhr. - Jugendabteilung des Deutschen Verkehrsverbandes um 19 1/2 Uhr im Jugendheim Engelstr. 24-26. Polizeigebäude über Interessantes aus der Geschäftsfahrt und Postfachdienst.

Beramtlich für Politik. Dr. Gust Seges; Wirtschaft: G. Altmeppen; Gewerkschaftsbewegung: H. Schärer; Familien: Dr. John Schilke; Polizei und Sozialwesen: Fritz Karst; Angelegenheiten: Th. Glade; Umstich in Berlin: Berling; Hermann-Berling G. m. b. H. Berlin; Berufs-Berufsbüro; und Berlingsamt; Paul Singer u. Co. Berlin; G. W. G. Lindenstraße 2. Hierin 2 Beilagen und „Unterstützung und Wissen“

Mit 9 Jahren viermal nach Amerika - beinahe!
Das Beispiel großer Abenteurer wirkt ansteckend. Glaubt einem ein tolles Stück, so wollen hundert andere es ihm nachmachen.
Der Ruhm der Amerika-Europafahrer ließ den kleinen Hans Hell aus Cottbus nicht schlafen. Der braungebrannte Bengel erzählt unserem Berichterstatter:

„Viernmal habe ich versucht, nach Amerika zu kommen. Das letzte Mal bin ich bis aufs Schiff gekommen. Das zweite Mal erwartete mich ein Grüner in Berlin auf dem Bahnhof. Er fragte mich, wen ich hier suchte. Ich sagte, meinen Vater, und er sagte darauf: Ich will dich gleich mitnehmen, und - aus war's. Das dritte Mal war ich schon in Hamburg, aber mein Kamerad Fritz Fromm sagte einer Frau, daß wir nach Amerika wollten. Da nahm sie uns mit in ihre Wohnung und telephonierte an die Polizei.

Was ich mitnahm? Ein Taschenmesser, Vaters alten Brotbeutel und meine Briefmarkensammlung, weil ich unterwegs immer Karten verkauft habe, wenn ich Geld brauchte. Und dann hatte ich mir aus Mutters Küche ja zwei Pfund Kathreiners Malzkaffee mitgenommen, den mit dem Bild vom Pfarrer Aneipp drauf. Ich hatte ihn mir zu Hause gleich gemahlen. Und ich habe ihn dann so gekocht, wie es hinten auf dem Paket abgedruckt ist. Ganz genau so. Das hat dann immer sehr schön gerochen, genau wie bei uns zu Hause am Kaffeetisch. Mir ist dann immer ganz froh geworden.

Mutter brauchte auch nicht zu schimpfen, weil ich ihr was weggenommen habe. Denn sie sagt ja selbst immer, 12 Tassen Kathreiner kosten nur 5 Pfennige, und sie sagt auch, daß man gesund bleibt, wenn man immer Kathreiner trinkt. Und ich habe die vier Tage auch fein ausgehalten, bis ich aufs Schiff kam. Also bitte!

Seht habe ich eingesehen, daß ich erst auf der Schule was lernen muß, damit ich richtig Geld verdienen kann. Sonst komme ich doch nicht bis nach Amerika.“



Das Bild zeigt einen kleinen Jungen, Hans Hell, der auf dem Weg nach Amerika ist. Er trägt einen Seemannsanzug und einen Hut und trägt einen großen Koffer auf dem Rücken. Der Koffer ist mit einem Bild des Pfarrers Aneipp beschriftet. Der Junge hat einen entschlossenen Blick und scheint auf die bevorstehende Reise nach Amerika vorzubereitet zu sein.

Sophien-Säle
Sophienstr. 18 + Norden 9295 u. 12643
Für Vereine und Versammlungen
in jeder Größe



Im Anfang war der Drache. Er muß als Vater des Flugzeugs gelten, das ungehindert, befreit von der „Strippe“, durch die Lüfte eilt.

an einer Hanfschnur steigen. Als die Schnur durch den Regen naß wurde und infolgedessen besser leitete, zog Franklin mit einem Hausschlüssel elektrische Funken heraus und lud damit „Leidener Flaschen“.

manntragenden Drachen herort, so daß er sich am Ende des neunzehnten Jahrhunderts von einem an ein Boot montierten Drachen durch die Niagarafälle ziehen lassen konnte.

Wenn der Drache in seiner meteorologischen Bedeutung durch den Luftballon und das Flugzeug auch einigen Abbruch erlitten hat, so hat er sich seinen Platz doch in den Herzen der Kinder behauptet.

Vor 2000 Jahren.

Angeblich soll der Drache von Archytas aus Tarent, einem Zeitgenossen des Plato, erfunden worden sein. Aber da man diesem Produkt mathematisch-physikalischer Spekulation wenig Beachtung schenkte, geriet der Drache in Europa sehr bald in Vergessenheit.

Ein „republikanischer“ Studienrat.

„Warum sind England, Frankreich, Polen unsere Feinde?“

Wir haben in Deutschland bekanntlich die freieste Verfassung der Welt. Es gibt aber auch wohl kaum ein anderes Land, in dem gewisse Teile der Beamtenschaft sich mit so staunenswerter Leichtigkeit über Verfassungsbestimmungen hinwegsetzen.

Beginn der Werkstofftagung.

5000 Ingenieure als Teilnehmer.

Fünftausend Techniker, Forscher, Hersteller und Verbaucher haben sich in Berlin zur Werkstofftagung, deren Vorträge gestern in der Technischen Hochschule begannen, zusammengefunden.

Wissenschaftliche Verwendung

fand der Drache zuerst durch Wilson im Jahre 1749, der ein System von Drachen steigen ließ, um durch mildegeheute Registrierapparate die Temperatur in den oberen Luftschichten festzustellen.

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Auf der Straße begrüßte ihn Schuk mit einer spielenden Handbewegung.

„Nun, wie sehen unsere Trümpfe aus? So, so! Ich werde sie schon alle ins richtige Fahrwasser bringen, Bruder! In alle Ecken und Winkel werde ich hineinschleusen, um den bösen Geist auszutreiben.“

Der Arbeiterklub „Komintern“.

1. Die Zelle der RKP.

Der Arbeiterklub „Komintern“ befand sich im ehemaligen Direktorenhaus, ein Haus in fester deutscher Bauart aus unbewehrten Steinen, in drei Farben — gelb, blau und grün.

zugleich wohnen konnte, ohne Alpdruck, ohne Furcht vor dem Glend, Schmutz und Gestank und vor dem tierischen Zustand der Arbeiterlöcher und Mietskasernen.

Und dann kam der Krieg, Revolution, eine ungeheure Katastrophe. . . Der Direktor flüchtete hilflos und kläglich aus den Trümmern. Mit ihm zusammen flüchteten Ingenieure, Techniker und Chemiker.

„Das herrliche Schloß, in dem der Luftfahrzeugdirektor gewohnt hat, soll in einen Arbeiterklub verwandelt werden und den Namen „Komintern“ tragen.“

Unten richtete man den Klub und die Räume der RKP, und der Komintern ein, oben eine Bibliothek, Spielräume und die Küche.

Und da, wo früher strenge Stille geherrscht hatte, wo am Abend, wenn die Spiegelscheiben in den Flammen der untergehenden Sonne glühten, die Arbeiter nach Arbeitsschluß über die betonierten Wege, am Schlosse vorbei, nicht gehen durften (es war strengstens verboten) — da brüllten wie Stiere die großen Trompeten der Klubmusikanten und dröhten betäubender Trommelschlag.

Gromada wurde zum Verwalter des Klubs gewählt, und als er in einer Versammlung der Arbeiter über die Klubarbeit und die Bibliothek berichtete, da sagte er: „Genossen, wir haben eine herrliche Bibliothek, diese Bücher sind bei der Bourgeoisie und den Kapitalisten konfisziert und nazifiziert — und sie sind aber alle deutscher Produktion.“

können, offen. Ich fordere die Genossen auf, die Kultur zu erobern und nicht zu sabotieren. . .

Der Arbeiterklub „Komintern“. Kein Direktorenhaus, sondern eine kommunistische Zelle.

Die Arbeiter wohnten weiter in ihren Kasernen und Löchern. Die Wohnungen der Ingenieure stöhnten in ihrer einsamen Leere und jagten durch die Unheimlichkeit ihrer Zimmerluchten Schrecken ein.

Die Arbeiter machten Feuerzeuge in der Schlosserei und suchten abends ihre Ziegen in den Bergen. Die Weiber gingen in die Kosakenhöfen, in die Dörfer — und hamsterten.

Die Trompeten brüllten wie Stiere im oberen Stockwerk, und die Trommeln dröhten ohrenbetäubend.

Und in den Sitzungen der Zelle der RKP, jeden Montag (Zellentag), brachte man folgende Fragen ein: 1. über den Diebstahl von Butter und Essen in der Küche der Volksernährung, 2. über das Füttern der Schweine mit den Speisen der Küche, 3. über die Religion der Zellenmitglieder, 4. über die Ausplünderung des Wertes zu Austauschzwecken für Hamsterer.

Glib eröffnete im Arbeiterklub „Komintern“ eine Extra-sitzung der Zelle.

Das Zimmer ist groß, mit Holztafelung aus karelischer Birke, die hoch hinaufreicht; aus karelischer Birke auch die handgefertigten Möbel. Und die Wände und die Möbel klimmerten wie Gold von der Abendsonne entzündet.

Man brachte roh zusammengezimmerne Bänke aus dem Theateraum.

Glib sah vor einem Tisch und sah alle, und alle sahen einander ähnlich. Es schien, als ob die Gesichter verschieden wären, doch war etwas Gemeinsames in ihnen, etwas, das alle Gesichter in eines verschmelzen ließ.

Viele sahen Glib zum ersten Male, begrüßten ihn aber gleichgültig und faul, als ob er nie fort gewesen wäre. Das letztemal hatten sie ihn an jenem Abend gesehen, als Offiziere ihn vor den Toren des Wertes aus den Reihen der aufmarschierenden Arbeiter herausholten und ihn und noch andere unmenschlich verprügelten.

*) Kommunistischer Jugendverband.

die Werkstofflagen für Heiz- und Kraftanlagen wurden in einer sehr stark besuchten Sitzung besprochen. Die Ausführungen von Direktor Lange und Dr. Komp, Ing. Lambert und Dr.-Ing. e. h. Kraft zeigten, wie die Werkstoffeigenschaften den Uebergang zu immer höheren Drücken und Temperaturen in unseren Dampfmaschinen und Dampfkräftmaschinen fördern oder hemmen. Insbesondere zeigte Professor Kraft, daß für Maschinen technische Aufgaben des Dampfmaschinenbaues nicht so große Schwierigkeiten bereiten wie die Fragen des zweckmäßigen Werkstoffes. Die Vorträge waren so zahlreich besetzt, daß selbst die größte Säle der Technischen Hochschule kaum ausreichten. Auch auf der Werkstoffschau am Kaiserdamm legte schon in den frühen Vormittagsstunden ein außerordentlicher starker Publikumsbesuch ein.

Spinale Kinderlähmung!

Zwei Nachfälle werden einen in Berlin vorgekommenen Fall von spinaler Kinderlähmung. Es handelt sich um eine Erkrankung, die bei einem Schüler der Wilmersdorfer Goetterschule, dem Sohn eines Oberingenieurs K. aus der Dulsburger Straße, aufgetreten ist. Der behandelnde Arzt nimmt an, daß spinale Kinderlähmung vorliegt, doch fehlt zur Stunde noch eine sichere Feststellung hierüber. Vom Direktor der Schule ist sofort das Gesundheitsamt des Bezirks benachrichtigt worden, und der zuständige Stadtkopf hat dann die Schließung der Klasse und vorläufiger noch einer anderen Klasse und die Desinfizierung der Klassenzimmer veranlaßt. Fälle von spinaler Kinderlähmung kommen übrigens in Berlin öfter vor, als die Bevölkerung ahnt. Ihre Zahl beläuft sich manchmal in einem Jahre auf einige Tausend. Bisher ist es stets gelungen, eine epidemische Weiterverbreitung zu verhüten.

Hierzu teilt eine Korrespondenz mit, daß der Leiter des Berliner Gesundheitswesens, Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Drigalski, erklärt: Es handelt sich bei dem vorliegenden Fall lediglich um eine Einzelerkrankung, wie auch die bisherigen Fälle ohne irgendwelchen Zusammenhang auftraten. Die Fälle von spinaler Kinderlähmung sind in diesem Jahre eher weniger als mehr im Vergleich zu früheren Jahren aufgetreten, und bei der Schließung der Klasse handelt es sich nur um eine Vorsichtsmaßnahme, die in den Schulen bei Fällen von schweren ansteckenden Krankheiten häufig ergreifen werden, um eine durchgreifende Desinfektion der Klassenzimmer durchzuführen zu können. Nachdem diese Desinfektion vorgenommen sein wird, wird der Schulbetrieb in der Goetterschule wieder in vollem Umfange aufgenommen. Andere Schließungen haben in letzter Zeit in Groß-Berlin nicht vorgenommen zu werden brauchen.

Arbeiters Sonntagslied.

Sechs Tage Maschine, Nadel oder Federhalter, am Siebenten aber Mensch und ein fröhlicher dazu. Immer größer wird die Zahl der Sangesfreudigen, immer geschlossener und fröhlicher klingen die Chöre, ein gutes Omen für künftige gemeinsame Arbeit im Kampf ums große Lebensziel.

Die Gesangsgemeinschaft der Reichschen Chöre, und zwar die Vereine: Vöcker-Gesangverein Morgenstrauen, Berlin, Hoffnung Spandau, Volkshor Staufen, Freie Sänger Hermsdorf und der Reichsche Jugendchor Dramenburg, veranstalteten am gestrigen Sonntag ihr Herbstkonzert in der Spichschule für Musik. 400 Sänger, Männer, Frauen und Kinder wirkten mit und die große Bühne bot gerade genügend Platz für die stattliche Sängerschaft. Mit dem Friedensliedchen von Süder gab die Jugend den Auftakt, sang dann noch „Grüß an die Genossen“ und „Wann wir schreien“. Prächtig und wohlgeplant klangen die heilen Kinderstimmen und es ist ebenso anerkennenswert wie erfreulich, daß man auch den Kindern gesungene größere Aufgaben stellt, die über das Niveau der Volks- und Kinderlieder weit hinausreichen. Ueberhaupt zeichnete sich das ganze Programm durch eine sehr gewählte Zusammenstellung schöner und selten gehörter Lieder aus. Die Männerchöre wirkten in ihrer mächtigen Stärke besonders voll und kraftvoll. Sie brachten Lieder von Flemming, Heinemann und Mendelssohn, zum Schluß Luthmanns „Fernes Land“ und das „Erntelied“ von Stubbe. Auch die Frauenchöre wirkten gute Schulung und Stimmmaterial, besonders gefiel „Der Spielmann“ von Kraemer, ein fröhliches Lied mit ganz eigenartig schöner Tonführung. Unten sahen Angehörige und Bekannte, das ganze eine fröhliche Familie in richtiger Sonntagsstimmung.

In der Rheingauschule, Homuthstraße, veranstaltete der Volkshor „Wilmersdorf-Schöneberg“ unter Leitung des Chormeisters Bund einen russischen Volksliederabend. Schwermütige Weifen, Gräße an die Mutter Wolga, Gesang der Moskauer, eröffneten den Abend. Dann sang Marianne Geper Votstieder zur Baute, die allerdings des Guten zuviel tat und etwas allzu lamorgant wirkte, auch erwies sich das Organ als zu schwach. Später, bei den temperamentvolleren Liedern vom „Roten Sarajan“, „Zigeunerlied“ usw. wirkte der Vortrag besser. Der Chor sang hierauf drei Liebeslieder von Dängst mit Klavierbegleitung, wozu einer nach Art der früheren Klavierkürer die treffliche Erklärung der Gesänge lieferte, die doch ohnehin allen verständlich waren. Dies wirkte stützend, um so mehr, als der Betreffende mit der Wortbetonung ein wenig in Konflikt geriet. Verschiedene Nationalweisen, melancholischen und heiteren Charakters, bildeten den Schluß des Programms. Die Chöre klangen durchweg sauber, und herzlichster Beifall lohnte die guten Leistungen.

Der neunte Berliner Bezirk des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes veranstaltete am Sonntag eine Bezirksmorgensfeier im Saalbau Friedrichshain. Die einzelnen Vereine sangen unter ihren Chormestern Volkslieder und Chorkompositionen für Männer — oder gemischten Chor. Der große Bau war bis auf den letzten Nagel gefüllt, ein Zeichen dafür, wie beliebt diese Morgenfeiern bei den proletarischen Hörern sind. Großer Beifall lohnte die Sänger, die vielfach hervorragende Leistungen boten. Man hatte hauptsächlich einfache Lieder gewählt, die jeder kennt und die doch immer wieder gern gehört werden. Silbers „Lebe wohl“ und Wendelssohns „Jügers Abschied“ sind heute Allgemeingut des Volkes. Der starke Besuch und der große Beifall zeigen, daß der Arbeiter-Sängerbund mit diesen Morgenfeiern ein Bedürfnis der Bevölkerung nach guter Musik befriedigt, und es ist zu hoffen, daß im Laufe des Winters noch oft diese Feiern wiederholt werden.

Doppelselbstmord eines Ehepaares. Aus Gram über den Tod ihres Hundes.

Ein Doppelselbstmord rief gestern im Hause Dürer Platz 2 zu Schöneberg große Aufregung hervor. In seiner Wohnung wurde hier der 62jährige Sattlermeister Wladislaus Schüsselmann und dessen 53jährige Ehefrau in ihrem Schlafzimmer tot aufgefunden. Ein hinzugerufener Arzt stellte den Tod durch Zyankali fest.

Nach den ersten Ermittlungen schienen Nahrungsorgen das Motiv zu dem gemeinsamen Vergewaltigungsschritt zu sein. Diese Annahme erwies sich aber als irrig. Aus hinterlassenen Abschiedsbriefen ging vielmehr hervor, daß die Eheleute aus Gram über den Tod ihres Hundes aus dem Leben geschieden sind. Sie besaßen einen Dackel, an dem die Leute, die kinderlos waren, mit großer Liebe hingen. Am Sonntag wurde das Tier von einem Auto totgefahren. Aus Schmerz über den Verlust beschloßen beide in den Tod zu gehen. Wie aus den hinterlassenen Welterbungen hervorging, haben sie als Erben für ihr gesamtes Vermögen den Tierzuchtverein eingesetzt. Die Leichen wurden von der Kriminalpolizei beschlagnahmt.

Selbstmord eines Polizeihauptmanns. Auf einer Bank des ehemaligen Egerzierplatzes in der Wilhelmstraße zu Spandau wurde gestern ein besessener Mann mit durchschossener Schläfe tot aufgefunden. Neben dem Selbstmörder lag eine Mouserpistole, aus welcher der Schuß abgegeben worden war. Der Tote wurde als ein Polizeihauptmann Peter Hansen von der Schutzpolizei Eberfeld-Barmen festgestellt. Hansen gehörte früher der Inspektion Spandau an. Die Motive, die h. in den Tod getrieben haben, bedürfen noch der Klärung. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Der Kampf um die Skolle.

Zigeuner wider Willen könnte man die große Zahl der Kleinhäuser nennen, die draußen, vor den Toren der Stadt, Pachtland für sommerliche Erholungsstätten erworben, jedoch durch die Not der Zeit gezwungen wurden, aus dem anfänglichen Sommerfrühling ständiges, wenn auch kümmerliches Quartier zu bereiten. Aber die große Stadt wächst und reißt ihre Arme nach allen Seiten und jedes freie Fleckchen muß nützlich verwendet werden. Jetzt hat die Kolonisten an der Schillerpromenade in Reinickendorf das traurige Schicksal erlitten. Der Hauptpächter des Terrains, dem Roten Kreuz, wurde der Boden von der Stadt gekündigt und diese gab die Habsbacht an ihre Unterpächter weiter. Am 16. Oktober, allerdings etwas trübselig, wurde den Kolonisten mitgeteilt, daß sie am 1. November das Gebiet zu räumen hätten. Nun ertönen wieder einmal die Wehrufe all derer, denen das Dach über dem Kopf genommen wird und die in so kurzer Zeit natürlich unmöglich zu einer Wohnung gelangen können. Besonders schwer betroffen sind einige Kolonisten, die erst vor wenigen Wochen ihre Wohnstätten von anderen Leuten für eine größere

Funkwinkel.

Am Sonntagvormittag übertrug die Funkstunde aus dem Großen Schauspielhaus ein Orchesterkonzert unter Bruno Seidler-Winklers Leitung. Es handelte sich hier um eine Veruchübertragung. Man wollte feststellen, ob der Orchesterklang in großen Räumen leidet. Neu ist dieser Versuch nicht. Vor einiger Zeit wurden aus der Stuttgarter Stadthalle anlässlich der Konzerte von Krepsa und Battistini auch Symphonien von dort auf den Berliner Sender übertragen. In dem Fall war das Resultat befriedigend. Der Klang ist gerundet, wenn auch nicht so kompakt wie bei Sendungen aus dem Funkraum. Das im letzten Satz der Tschakowskischen Ouvertüre 1812 die Bläser das übrige Orchester fast gedenken, liegt weniger an dem Senderraum als überhaupt an dem Charakter jeder Übertragung. Das Konzert selbst ist in seiner Zusammenfassung vorbildlich für ein populäres Orchesterkonzert. Ouvertüren, Kantaten und symphonische Dichtungen interessieren immer. Seidler-Winkler wählt an Format, gewohnt an Klarheit. Klar merkt er in der ersten ungarischen Rhapsodie von Franz Liszt die einzelnen Themen und Orchesterfiguren heraus, nur fehlt es ihm manchmal an Temperament, an Mut zu starkem Ausdruck. Auch das große Crescendo, der heftigste Aufstieg der Geiger bei Tschakowski wirkt matt. Julius Berger und Franz von Spannowski sind ausgezeichnete Solisten. Mit diesem Konzert verglichen, wirkt das Abendprogramm formlos. Außerdem bringt das Musikkorps der Potsdamer Nachrichtenabteilung auch belaudete Militärstücke. Prachtvoll dagegen die Es-dur-Sonate von Richard Strauß am Montagabend. Josef Schwarz am Klavier männlich herb und für seine Virtuosen vorbildlich einfühlend bei der Besetzung. Schmeiglam Boris Schwarz, ein vollendeter Techniker. Den stärksten künstlerischen Eindruck in diesen Tagen vermittelt Franz Theodor Gföhr mit seiner Novelle „Die steinerne Frau“. Gföhr selbst ist ein guter Sprecher, aber er behandelt das eigene Werk schon zu überlegen. Er stellt, als ob er eine Novelle der sogenannten Sachlichkeit vor sich hätte. Dazu steht die allühende Sprache des Wertes im Gegensatz. Immerhin bleibt diese Novelle mit ihren schwimmenden Umrisen von Sein und Phantastik, mit ihrer Spannung, mit ihrer inneren Erregung trotz der fahlen Interpretation außerordentlich wertvoll. Die „Stunde der Lebenden“ ist diesmal auf den Montagabend verlegt worden. Oskar Maria Graf wird behandelt. Alfred Kerr spricht einleitende Worte, gar nicht verächtlich, gar nicht „neut“. Er behandelt diesen Bauern und Großstadtmißlingen so prägnant klar und allgemein verständlich, daß man sich an Kerrs beste Zeit erinnert fühlt. Ist es trotzdem nicht möglich, diese Einleitungen, die doch nicht die Hauptache sind, länger zu lassen? Und Strauß und Graf sind zu viel für einen Abend. Die „Stunde der Lebenden“ gehört unbedingt dem Sonntag. Uebrigens, warum überträgt die Funkstunde das Hamburger Fußballspiel und operiert deswegen einen Teil des Samstagkonzert?

Summe erworben haben; unter diesen Zugezogenen befindet sich auch ein vollkommen erblindeter Mann. Andere wieder haben Geld für Baumpflanzungen, für Düng- und andere landwirtschaftliche Artikel ausgegeben und nun soll all dies müßsam Ersparte rettungslos verloren sein! Die Geländigen befinden sich naturgemäß in schrecklicher Erregung. Der Winter steht vor der Tür und sie sollen hinaus, ohne zu wissen wohin. Immer dringlicher wird die Frage der Schaffung von Dauergärten, vom rein menschlichen wie auch vom volksgesundheitlichen Standpunkt betrachtet.

Eine folgenschwere Ohnmacht. Das Auto in der Menschenmenge.

Ein folgenschweres Autounglück, das sich im letzten Sommer in der Frankfurter Allee ereignete und bei dem eine Frau unter den Rädern des Autos ihren Tod fand, während zwei Männer teilweise sehr schwere Verletzungen erlitten, hatte ein gerichtliches Nachspiel vor dem Erweiterten Schöffengericht Mitte.

Wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung war der Fleischereifer Ferdinand Eriebach angeklagt. Das von dem Angeklagten geleitete Geschäftsfuhrer war in einem sehr schnellen Tempo in eine Menschenmenge hineingeraten, die an der Haltestelle der Straßenbahn teils auf der Gehsteig, teils auf dem Gehweg an der Straßenseite wartete. Das Auto war von der Linken her gekommen und zunächst vorschriftsmäßig rechts gefahren, plötzlich ging das Geschick, obwohl die Straße vollständig leer war, links hinüber und direkt in die Menschenmenge hinein. Zuerst wurde ein Mann durch den Koffel von der Gehsteig heruntergerissen und erlitt erhebliche Verletzungen. Drei Meter weiter überfuhr das Auto einen Mann und eine Frau, die beieinander standen und sich unterhielten. Die Frau wurde von dem Vordertrieb an den Kleidern gepackt. Erst 15 Meter weiter konnte das Auto zum Halten gebracht werden. Der zweite Mann hat so schwere Verletzungen erlitten, daß er noch heute in Siechtum verfallen ist. Allen Augenzeugen war das Verhalten des Autoslenkers ein Rätsel. Es war unbegreiflich, weshalb der Bogen plötzlich auf die andere Seite hinüberfuhr. Eine Erklärung dafür gab der Angeklagte, indem er behauptete, daß ihm plötzlich schwarz vor den Augen geworden sei, und daß er die Besinnung verloren habe. Er sei erst wieder zu sich gekommen, als das Auto zum Halten gebracht worden war. Zum Beweise für seine Behauptung legte er mehrere ärztliche Atteste vor, wonach er vor dem Unfall drei Wochen an einer schweren Halsentzündung und Mundkrankheit gelitten hätte. Er habe auch bereits an den Tagen vorher Ohnmachtsanfälle gehabt. Trotz seiner Schmerzen habe er an jenem Morgen zur Fleischabholung nach Widenberg gefahren müssen weil ihm sein Kraftwagenführer im Stich gelassen hätte. Obermedizinalrat Dr. Bürger hielt zwar die von dem Angeklagten angegebene Ohnmacht nicht für sehr wahrscheinlich, sprach aber angesichts des ärztlichen Attestes über einen Schwächeanfall am Tage vorher auch nicht direkt die Möglichkeit eines Ohnmachtsanfalles in Abrede stellen. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt. Das Schöffengericht folgte jedoch den Darlegungen von Rechtsanwalt Dr. Bittermann und kam zu einer Freisprechung des Angeklagten von der Anklage der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung. Das Schöffengericht hielt es für möglich, daß der Angeklagte einen kurzen Ohnmachtsanfall gehabt habe, denn anders sei es nicht zu erklären, daß er ohne vernünftigen Grund plötzlich nach links gesteuert und in die Menge hineingefahren sei, es müßte daher angenommen werden, daß er die Gewalt über das Steuer ohne Barschulden verloren habe. Eriebach wurde schließlich wegen Uebertretung des Kraftfahrzeuggesetzes zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er entgegen den Vorschriften sein Fahrzeug auf der Fahrbahn nicht bei sich trug.

Das Berliner Republikanische Konföderations-Ochsester kann am Dienstag, dem 25. Oktober, sein Einführungskonzert nicht veranstalten. Wegen Einbindung der Eintrittskarte wird bezahlter Betrag zurückerstattet. Hermann Sandow, Flensburger Straße 3 bei Trümper.

Das proletarische Lied. Ein Wiederabend, in dem Gesänge nach Fichtungen von Luitpold, Dehmel, Mühlam, Glöckner, Böttcher, Tietze, Dieckhoff und Schilling, übertragen von Klavierspieler zu Gehör gebracht werden. 8 Ubr. 15 Min., der Komponist, begleitet selbst am Klavier. Seine Partner sind die Opernsängerin Olga Holzka und der Opernsänger Fritz Langer aus Wien. Es finden in Berlin folgende Veranstaltungen statt: Dienstag, 25. Oktober, Köpenick, Aula der Adrenergasse, Lindenstraße; Mittwoch, 26. Oktober, Reinickendorf, Volkshaus, Großenstr. 2/3; Freitag, 28. Oktober, Moabit, Krieger-Oberrathaus, Postplatz 2; Sonnabend, 29. Oktober, Tempelhof, Reichsausschuss des Gymnasiums Raltein-Kapuzin; Sonntag, 30. Oktober, vorm. 11 Ubr. Kreuzauer Berg, Mühlam, Damsgr. Straße 65; Sonntag, 30. Oktober, abends, in Weihenau, Schulau, Bock-Promenade. Beginn abends 8 Ubr. Eintrittspreis 50 Pf.

Registrierung eines schweren Erdbebens.

New York, 24. Oktober. Wie in New York, wurde ein starkes Erdbeben auch von dem Seismographen in Remhagen, Anwarbor, Cleveland, Denver und Bertelen (Kalifornien) registriert. Die Erdstöße waren so stark, daß die Registrierenadel verschiedener Seismographen von der Registrierrolle abprang. Die New Yorker Kabelgesellschaften berichten jedoch keine Störungen des Kabelnetzes in irgendwelcher Richtung. Kammerung des B.T.B. Nach Mitteilung des Geodätischen Instituts in Potsdam könnte es sich etwa um ein Seebeben im Stillen Ozean oder vielleicht im Karibischen Meer (Antillen) handeln.

Beleuchtungsbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung (Wachst. verb.) klärt und meist trübe. Nach vorübergehender Aufhellung wieder neue Bewölkungsumhülle. Frische Winde aus Nordwest, später nach West zurückweichend. — Für Deutschland: Im Westen neue Eintrübung und etwas milder mit Regung zu Regenbölen. In Ostpreußen noch Schauer, im übrigen Deutschland teils bis wollos, trocken und kühl.

Das ideale
Laxin Abführ-Konfekt

Für Taschenlaternen
werden, mit Vorliebe die Osram-Zwerg-Lampen verwendet.



Wandlungen der Landwirtschaft.

Die Bedeutung der bäuerlichen Betriebe wächst.

Das wachsende Interesse der organisierten Arbeiterschaft für die Agrarverhältnisse ist wohl begründet. Bei den wichtigsten politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit, mag es sich um die Schule, um Steuern oder um Zölle handeln, wird letzten Endes um die Seele der Bauern gekämpft. Die politische und soziale Gesinnung einer Klasse wird aber durch ihre wirtschaftlichen Interessen bestimmt; die Veränderung ihrer Gesinnung ist nur dann zu erwarten, wenn in der Zusammensetzung und der Stellung dieser Klasse gewisse Wandlungen eintreten. Von diesem Gesichtspunkt aus wollen wir die Aufmerksamkeit auf die Vorgänge lenken, die in den letzten Jahren in der deutschen Landwirtschaft und im Bauerntum sich vollzogen haben.

Den Bauern wachsen Kräfte zu.

Vor allem ist die gewaltige Zunahme der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zu erwähnen. Im Jahre 1907 bestanden in dem jetzigen Gebiet Deutschlands 4640554 landwirtschaftliche Betriebe (ohne Kleingärten), im Jahre 1925 schon 5090403. Freilich erklärt sich diese Zunahme zum größten Teil durch die Vermehrung der Zwergbetriebe (mit 5 bis 50 Ar benutzter Fläche), sie ist aber von einem bedeutungsvollen Wachstum der in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung begleitet:

im Jahre 1907	12 893 143 Personen
im Jahre 1925	14 338 433 Personen

Ein großer Teil dieser Zunahme entfällt wieder auf die kleinsten Betriebe (mit einer Fläche von 0,5 bis 2 Hektar), die nicht selten von den Industriearbeitern nach Beendigung ihrer hauptberuflichen Beschäftigung bearbeitet werden. Mehr als 400 000 Personen, davon etwa 250 000 Männer, sind allerdings auch in die Betriebe mit der Fläche von 2 bis 20 Hektar zugewandert. Die bäuerlichen Höfe, die den Kern der Landwirtschaft bilden, behielten also für ihre Acker und Wiesen einen Teil der wachsenden Kräfte, und zwar vor allem die wirtschaftlich wertvollsten Kräfte — die Männer.

Riesiges Wachstum der Mechanisierung.

Zugleich erhöhen sich auch die Bedürfnisse der Landwirtschaft an technischen Mitteln, an Maschinen. Im Jahre 1907 wurden in Deutschland (im früheren Gebiet) in 2239 Betrieben mechanische Pflüge angewandt, im Jahre 1925 (im verkleinerten Gebiet) schon viermal soviel — in 8913 Betrieben. Die Zahl der anderen landwirtschaftlichen Maschinen ist in demselben Verhältnis angewachsen:

	1907		1925	
	früheres Gebiet	heutiges Gebiet	früheres Gebiet	heutiges Gebiet
Erdmaschinen	187 244	543 707	270 840	618 810
Mähmaschinen	25 651	325 071	304 595	1 419 847

Die Verbesserung der Ausrüstung der landwirtschaftlichen Betriebe hält also mit der Zunahme der von ihr verbrauchten Arbeitskraft Schritt: die Maschinen verdrängen nicht die lebendigen Menschen von den Feldern, vielmehr wecken sie die brachliegenden Naturkräfte und sichern ihr Bündnis mit der menschlichen Kraft. Die Landwirtschaft wird also kraft- und kapitalintensiver.

Sozialer Umbau.

Wie werden die sozialen Verhältnisse der Dörfer durch diese Entwicklung beeinflusst? Dieses führt uns zur Frage, welche sind in der Landwirtschaft die Betriebe, die als Träger des Fortschritts angesehen werden dürfen? In der Industrie wird der technische Fortschritt von den Großunternehmern getragen und führt zur Konzentrierung der wirtschaftlichen Macht in ihren Händen. Dieses ist aber nicht so der Fall in der Landwirtschaft, wo gerade die kleineren und mittleren Bauern nicht selten sich am besten den Forderungen des technischen Fortschritts anpassen können. Nehmen wir zum Beispiel die landwirtschaftlichen Betriebe mit 10 bis 20 Hektar benutzter Fläche, die zu den kleinen Mittelbetrieben gehören. Im Jahre 1907 besaßen nur 13,7 Proz. solcher Betriebe Erdmaschinen, 25,9 Proz. Mähmaschinen, 23,6 Proz. Milchzentrifugen; im Jahre 1925 waren die entsprechenden Zahlen 49,7 Proz. bzw. 61,7 Proz. und 64,2 Proz. Keine Maschinen hatten im Jahre 1925 nur 2,3 Proz. der Betriebe dieser Größenklasse. Wir haben es aber hier mit typischen Familienbetrieben zu tun: 62,7 Proz. derselben werden vom Landwirt und seinen Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme fremder Arbeitskräfte versorgt.

Es ist bemerkenswert, daß der Zustrom der Maschinen vor allem den kleinen und mittleren Bauernbetrieben zugute kommt. Der Bestand an Maschinen in den Betrieben verschiedener Größe hat seit dem Jahre 1907 um folgende Zahlen zugenommen:

	in landwirtsch. Betrieben mit benutzter Fläche		
	unter 20 ha	20—100 ha	100 ha u. mehr
Erdmaschinen	232 036	68 765	5 296
Mähmaschinen	448 230	197 927	69 780
Dreschmaschinen	313 609	4 587	4 183
Schrotmühlen	188 256	91 885	13 941
Milchzentrifugen	1 049 950	65 068	6 886

Als Folge davon muß die wirtschaftliche Bedeutung der kleinen bäuerlichen Betriebe ganz erheblich gestiegen sein. Gerade in solchen Betrieben ist auch die größte Zunahme der Zahl der beschäftigten Personen zu verzeichnen. Damit ist aufs engste eine auffallende Veränderung in der sozialen Gliederung der landwirtschaftlichen Bevölkerung verbunden, wir meinen die

Zunahme der selbständigen Arbeit — Rückgang der Lohnarbeit.

	in Tausenden	
	1907	1925
Selbständige und Familienangehörige	9 025	11 146
Fremde Arbeitskräfte	3 869	3 293

Die entsprechenden Zahlen für die Betriebe mit der benutzten Fläche von nicht weniger als 2 Hektar waren:

	in Tausenden	
	1907	1925
Selbständige und Familienangehörige	5 919	6 555
Fremde Arbeitskräfte	3 449	3 071

Der Anteil der fremden Arbeitskräfte, der im Jahre 1907 30 Proz. der gesamten in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte ausmachte, hat sich auf 23 Proz. vermindert. Diese „De-proletarisierung“ der Landwirtschaft kann in fast allen Größenklassen der Betriebe festgestellt werden: in den Betrieben mit einer benutzten Fläche von 2 bis 5 Hektar ist der Anteil der Lohnarbeiter von 13,9 Proz. auf 8,1 Proz. zurückgegangen, in den Betrieben mit 5 bis 20 Hektar von 26,2 Proz. auf 20,5 Proz. usw.

Freilich sind die Vorgänge in der Landwirtschaft viel zu kompliziert, um sie in wenigen Zahlen erschöpfen zu können. In einzelnen Gebieten, in bestimmten Betriebstypen haben die Dinge ganz anders aus. Es handelt sich aber hier nur darum, die allgemeinen Entwicklungstendenzen klar zu machen. In den letzten Jahren ist der technische Fortschritt der deutschen Landwirtschaft von einer

Verflärkung der ausgeprochenen „Familienbetriebe“

begleitet. Die selbständige Arbeit saßt auf dem Lande immer mehr Fuß. Wenn diese Tendenz fortdauert, wird damit die wahrscheinliche weitere Entwicklung vieler Tausende von Bauernbetrieben bestimmt werden: mit dem technischen Fortschritt werden sie nicht mehr genötigt sein, in dem Ausmaß wie früher die nachwachsenden Arbeitskräfte abzugeben; die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen in ihnen wird weiter zunehmen können. Der Gegensatz zwischen solchen bäuerlichen Höfen und rein kapitalistischen oder halb feudalen Großbetrieben wird noch krasser in Erscheinung treten, als bisher. Der Gegensatz zwischen Bauern und Arbeitern wird sich abschwächen.

Bis jetzt ist es den Großgrundbesitzern meist gelungen, mit Hilfe einer rücksichtslosen Demagogie die Bauern zu führen und sie als Mittel für ihre, den Volksmassen feindlichen Ziele gegen die Arbeitererschaft auszuspielen. Es ist aber zu erwarten, daß das Bauerntum, das wirtschaftlich — im Vergleich mit den Großgrundbesitzern — immer mehr in den Vordergrund tritt, bestrebt sein wird, sich von dieser Vormundschaft zu befreien. Es wird sich nach neuen Führern und Bundesgenossen umsehen . . . Auf diese Weise ist für die Sozialdemokratie der Boden für den Kampf um die Seele des Bauern durch die wirtschaftliche Entwicklung vorbereitet, die trotz aller Demagogie der großagrarischen Grundbesitzerparteien auf Dauer das stärkere Element bleiben wird.

W. Bogintyn.

Genug der Worte! Hier die Tat!



VERKAUFSPREIS:
Stück 4,-

FORMAT: rund und flach, ART: ausgesprochen mild, blumig

Eine neue Zigarette? / Ja und nein! / Massary-Privat wird seit Jahren im eigenen Haus- und Familiengebrauch als Freundes- und Gästezigarette mit besonderer Liebe gepflegt. / Nun will sie ans Licht der Öffentlichkeit. / Es gibt Tabakmischungen, die ihre mühevoll erreichte Eigenart einbüßen würden, wollte man sie zu Mundstück-Zigaretten verarbeiten. / So ist es auch mit Massary-Privat: ohne Mundstück kommt ihre Besonderheit reicher zur Geltung. Der Zigarettenhandel führt eine Reihe von »Privat«-Zigaretten. Um das Neueste auf dem Gebiet der mundstücklosen 4-Pf.-Zigarette kennen zu lernen, müssen Sie den Ton auf Massary-Privat legen!

Das ist Tabak! Urteilen Sie selbst!

Stur Katz 12/27

Dr. Voegler über Arbeitsfreude!

Arbeitsfreude als deutsches Programm. — Aber ja keine Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung.

Am Sonntag hat der Verein Deutscher Eisenhüttenleute in Berlin tagend. Seit siebzehn Jahren geschieht das zum ersten Male. Die Tagung fand in Berlin statt, im Zusammenhang mit der Werkstofftagung und Werkstoffschau, die vom Verein Deutscher Eisenhüttenleute nicht nur mit veranstaltet, sondern auch mit finanziert wird. Der Verein Deutscher Eisenhüttenleute ist das wirtschaftspolitische Zentrum der Schwerindustrie. Bei der in Deutschland herrschenden Rechtsblockregierung war es deshalb nicht verwunderlich, daß die Reichsregierung stark vertreten war. Während die Zulassung der Presse stark gesiebt wurde, auch der „Vorwärts“ hatte nicht das Vergnügen, eingeladen zu werden, konnte Herr Dr. Voegler drei Reichsminister, darunter auch Herrn Gehlert, drei Staatssekretäre, einen preussischen Minister und zahlreiche andere Regierungsvertreter begrüßen. Der Beschluß des Reichstages, zu öffentlichen Tagungen nur jeweils den betreffenden Fachminister zu entsenden, scheint für die Eisenhüttenleute nicht zu gelten, die Reichsregierung scheint sich als Fachkabinett der Schwerindustrie zu betrachten.

Der Mittelpunkt der Tagung war natürlich der Vortrag von Dr. Voegler, dem Gewaltigen von der Ruhr, der über „Stahl und Eisen und die deutsche Wirtschaft“ sprach. Nachdem Voegler von dem Besuch des Vereinsvorstandes beim Reichspräsidenten dessen Grüße überbracht hatte, der sich „persönlich über die Lage der deutschen Eisenindustrie und des Vereins informieren“ ließ, sprach Voegler ausführlich von den Sorgen seines Geschäftes. Diese Sorgen greifen weit. Er nannte Berlin das große Sammelbecken aller geistigen Strömungen, er fand aber auch, daß die überlegenste Idee in Berlin einen Nährboden finde. Mit deutlicher politischer Pointe unterstrich er auch den von der deutschen Schwerindustrie jetzt geförderten Unitarismus im Sinne einer Verfassungsreform, wenn er sagte, daß psychologisch genommen die deutsche Reichsverfassung auf der Berliner Metropole aufgebaut sei. Etwas dunkel, aber nicht weniger anspruchsvoll, war sein Wunsch, die deutsche Eisenindustrie könne auf Grund ihrer fünfzigjährigen Leistungen (wobei auch gegenüber Berlin und dem, was ihr in der Politik der Reichsregierung nicht paßt) ein größeres Maß von Dispositionsfreiheit verlangen.

Mit Behmut blüht Dr. Voegler, der stramme Rechtsmann, auch heute auf die glückliche Monarchie zurück, auf die Zeit des Bismarckschen Reiches, wo die Eisenerzeugung in den Jahren von 1890 bis 1913 von 4,6 auf 19,3 Millionen Tonnen gestiegen sei, und wo nach der Meinung von Herrn Voegler den Eisenerzeugern durch eine ruhige Preisbehandlung und der Arbeiterschaft durch eine stetige Lohnsteigerung die monarchische und offenbar deshalb glänzende Entwicklung der Eisenindustrie zugute gekommen sei! Aus Krieg, Revolution, Inflation und Ruhrbeisehung dagegen (die 700 Millionen Ruhrschaubildung werden voller Pietät verschwiegen) sei die Eisenindustrie nicht mit Gewinnen, sondern mit schweren Schäden hervorgegangen. Wenn man Herrn Voegler glauben darf, so sind es wohl diese schweren Schäden, die bei der Gründung der Vereinigten Stahlwerke dazu geführt haben, daß man von vornherein den Ruhrmonatruist, wie es seine eigenen Generaldirektoren zugeben, mit rund einer Viertelmilliarde überkapitalisiert hat!

In die Reichsregierung wird die Forderung gestellt, daß sie darüber Klarheit schaffen müsse, ob sie die Grundlagen der Rentabilität durch geschweherte Experimente zerstören wolle oder nicht. Diesen deutlichen Hinweis darauf, mit wie großer Skepsis die Schwerindustrie der Durchführung des Dreischichtensystems ab 1. Januar 1928 für die Hüttenbetriebe gegenübersteht, wird auch die Rechtsblockregierung hoffentlich nur mit dem Beweis entgegenzutreten, daß sie zwischen dem Wunsch der Ruhrherren und dem was Gesetz ist, was dem Gesetz gebührt, wohl zu unterscheiden weiß. Für die „neue“ Lohnbewegung fand Herr Dr. Voegler eine neue Parole. Die neue Lohn- und Preisbewegung drohe uns auf eine ganze falsche Bahn zu lenken. Nach ihm wird die Freude an der Arbeit dadurch zerstört, die das einzige Mittel sei, um aus der schweren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage herauszukommen. Wenn man sich auf dieses Programm nicht einigt, dann bleibe man auch in der Zukunft ebenso unfrei, wie man heute schon ist.

Es war Herrn Dr. Voegler vorbehalten, Lohn- und Preisbewegungen als die auch in die Zukunft fortwirkende Ursachen einer deutschen Unfreiheit zu bezeichnen, für die niemand verantwortlich ist, als das von Herrn Voegler vergötterte monarchische System und die seine Parteibrüder durch ihre Lärmpossession nur zu verfestigen suchen. Freude an der Arbeit, die Herr Voegler als deutsches Programm aufgestellt wissen will, gilt offenbar nur für den Unternehmer. Für den Hüttenarbeiter und den Bergarbeiter kann sich die Freude an der Arbeit in nichts anderem messen, als in dem, was er vom Leben hat. Was er vom Leben hat, das aber nicht sich im Lohn, von dem er sich jeden Pfennig mit größten Opfern von seinen Arbeitgebern erkämpfen muß. Diese Freude an der Arbeit braucht nicht zum deutschen Programm zu gehören!

Auf der Tagung wurde ein Vortrag gehalten über „Kasse und Vererbung in ihrer Bedeutung für Volk und Wirtschaft“. Man kann anerkennen, daß die Eisenhüttenleute in ihren Kreisen auch für Bildung und Aufklärung sorgen. Sie haben es nötig. Sie sind meist deutschnational und können es vertragen, wenn sie in Klassenfragen aufgeführt werden. Antisemitismus wurde in diesem Vortrag natürlich nicht gemacht. Es wäre auch schlecht gegangen, wenn man nicht viele Gäste beleidigen wollte. Wenn man dem Korrespondenzauszug über die Tagung folgen darf, wollte man durch die Worte in der Vortragswahl sogar versöhnend wirken. Auch das ist ganz interessant.

Kommunale Anleihen, verschuldung.

Sie ist niedriger als in der Vorkriegszeit, bei viel größeren Aufgaben.

Es ist keine in eingeweihten Kreisen unbekannt Tatsache, aber die Deffentlichkeit muß mit größtem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Aufnahme neuer Anleihen durch Gemeinden und Gemeindeverbände heute trotz des Kampfes gegen die Kommunalanleihen noch erheblich geringer ist als in der Vorkriegszeit. Diese für weite Kreise der Deffentlichkeit zweifellos überraschende Feststellung wird zahlenmäßig in den Mitteilungen des Deutschen Städtetages belegt.

Danach kann man für die Jahre 1911 bis 1913 annehmen, daß die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände nacheinander 680, 765 und 850 Millionen Mark aufgenommen haben. Demgegenüber betrug die langfristige Auslandverschuldung deutscher Gemeinden im Jahre 1925 240,0, im Jahre 1926 194,32 und in den ersten acht Monaten 1927 83,6 Millionen Mark. Rechnet man die neuen Inlandsanleihen hinzu, so ergibt sich für diese drei Jahre insgesamt eine Anleihenverschuldung von 1373,8 Millionen Mark. Rechnet man dazu noch den hochgeschätzten Betrag von 855 Mil-

lionen für kurzfristige Schuldverschreibungen, so ergibt sich eine Gesamtverschuldung seit 1924 von 2228,8 Millionen oder im Jahresdurchschnitt von etwa 740 Millionen Mark, das sind noch 110 Millionen weniger als der Jahresdurchschnitt der Vorkriegszeit. Dabei ist zu beachten, daß in dem Erlös dieser Verschuldung nur zwei Drittel der vorkriegsmäßigen Kaufkraft stecken, weil die Teuerung entsprechend größer geworden ist. Und hinzuzunehmen ist, daß nicht zuletzt durch die Steuerhau des Privatkapitals die kommunalen Einnahmen verhältnismäßig gesunken, die Belastungen und Aufgaben der Gemeinden dagegen stark gestiegen sind.

Noch weniger als bisher wird angesichts solcher Zahlen der rücksichtslose Kampf begreiflich, der gegen die Aufnahme von kommunalen Anleihen geführt wird. Es ist in hohem Maße bedauerlich, daß sich weder der Reichsbankpräsident noch das Privatkapital darüber für sein Scheitern, daß die Behinderung in der Aufnahme von Anleihen keinen anderen Ausweg finden kann, als auf die Dauer die Steuerhau schärfer anzuziehen. Dagegen hat auch die Rechtsblockregierung kein Mittel, denn der Bedarf der Gemeinden, der weder übertrieben noch verschwenderisch ist, muß auf irgendeinem Wege befriedigt werden.

Steigende Millionenumsätze der GEG.

Die Umsätze der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg wachsen in erfreulich raschem Tempo. Von Januar bis September 1927 wurde ein Gesamtumsatz von 259,51 Millionen erzielt gegenüber 202,20 in der gleichen Zeit des Jahres 1926. Das ist eine Steigerung von nicht weniger als 37,31 Millionen oder um 18,34 Proz. in einem Jahr. Der Wert der abgesetzten Eigenzeugnisse bleibt nicht hinter dieser Steigerung der Gesamtumsätze zurück; er ist im Gegenteil noch größer. Während von Januar bis September 1926 für 32,55 Millionen Mark eigene Produkte der GEG. an die Konsumvereine abgesetzt wurden, ist der Wert der verkauften Eigenzeugnisse von Januar bis September 1927 auf 42,06 oder um 29,24 Proz. gestiegen. Es wurden im Verhältnis also noch mehr Eigenprodukte abgesetzt als der Umsatz im Geschäft mit den Vereinen zugenommen hat. Einen deutlichen Beweis für die Hochschätzung der GEG.-Produkte in den Wirtschaftskreisen, vor allem aber für deren Konkurrenzfähigkeit gegenüber gleichartigen Produkten der Privatindustrie kann man wohl kaum erbringen.

Jord beginnt die neue Riesenproduktion. Lange Zeit hat der amerikanische Automobilkönig Ford die Lote seiner Fabriken geschlossen gehalten, und die General Motors Company hat nichts verkauft, ihren großen Konkurrenten totzulagen. Die Ford-Gesellschaft teilt jetzt mit, daß sie das erste Exemplar eines neuen Automobils, mit dem sie das Rennen machen will, fertiggestellt hat. 375 000 Bestellungen liegen für den neuen Typ bereits vor. Die Gesellschaft hofft, ihre frühere Erzeugung von täglich 8000 Wagen durch besondere Vorkehrungen jetzt auf täglich 11 000 Wagen und mehr steigern zu können.

Eine Ausbeutungsgesellschaft für das tote Meer. Der Ort der biblischen Sagen von Sodom und Gomorra, das tote Meer in Palästina, wird demnächst ein industrielles Zentrum werden. Es ist bekannt, daß das tote Meer ein ungeheures Becken großer mineralischer Schätze ist. Seit Jahren hat der britische, amerikanische und europäische Imperialismus um die Ausbeutung dieser Schätze gekämpft. Jetzt wird ein britisches Syndikat, das eine „Ausbeutungsgesellschaft für das tote Meer“ gegründet hat, nach den zwischen dem englischen Kolonialministerium und den Regierungen von Palästina und Transjordanien abgeschlossenen Verhandlungen der Sieger im Rennen sein. Auch das tote Meer wird also demnächst Städte mit proletarischen Arbeitermassen erstehen sehen, und es wird zwar nicht wie einst Pech und Schwefel regnen an den toten Meer, wohl aber wird die Justiz des imperialistischen Kapitalismus unter der dortigen Bevölkerung geschwungen werden.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

W.S.-Sitzung fällt am kommenden Donnerstag aus. Wanderversammlung Mittwoch, 26. Oktober, pünktlich 19½ Uhr, im Lindenhof, Lichtbildvortrag: „Etwas vom Photographieren“. Jede Mitteilnahme muß vertreten sein. Auch sonstige interessierte Genossen sind willkommen.

Heute, Dienstag, 19½ Uhr:

Wannengasse: Schule Wiesen, Gde. Panitzsch. Die Wahlen zum Bundestag zum Nationalsozialisten. — Korbhof: Heim Danziger Straße 62. Ruffische Erziehungsfragen. — Hummerplatz: Heim Scherbergstraße 7. W.S.-Berliner Damer. — Schützenpark: Heim Scherbergstraße 22. Koalition und Klassenkampf. — Heim: Heim Danziger Straße 50. „Bud und Wibel“. — Hakenstraße: Heim Danziger Straße 11. Warum? — Wilmersdorf: Heim Wilmersdorf. Einführung in die sozialistische Gedankenwelt. — Reuthe: Heim Danziger Straße 144. „Der Keimling und seine Rechte“. — Reuthe: Heim Danziger Straße 144. „Der Keimling und seine Rechte“. — Reuthe: Heim Danziger Straße 144. „Der Keimling und seine Rechte“. — Reuthe: Heim Danziger Straße 144. „Der Keimling und seine Rechte“.

Wahlbezirk Teltow: Pünktlich 18½ Uhr im Heim Stoglich, Albrechtstraße, Vorkonferenz. Jede Abteilung muß vertreten sein. Berichtsbogen, Ordnungsin und Wahlen zum Funktionärskreis mitbringen. 19 Uhr pünktlich Übung zur Revolutionsfeier. Alle Genossen müssen erscheinen.

Wahlbezirk Schöneberg: Morgens, Mittwoch, Wahlbezirkkomiteeversammlung in der Schule am Westringplatz. Was ist eine Klasse, Klassenbewußtsein, Klassenkampf! — Wahlbezirk Köpenick: Donnerstag fällt die W.S.-Vorkonferenz aus. — Wahlbezirk Charlottenburg: Donnerstag, 26. Oktober, Jugendfeier gemeinsam mit den Kinderfreunden in der Schulaula Thurnbergstr. 21.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeitsgemeinschaft entlassener Republikaner. Donnerstag, 27. Oktober, 20 Uhr, Rauhstr. 14, Kommandantenstr. 64, Offentlicher Vortragsabend: „Die politische Bewegung und die Arbeiterbewegung“. — Arbeiterbildungsverein „Gangster“. Freitag, 2. November, 8 Uhr, im Saal des Hotel Sander, Sander, Friedrichstraße, 23. Stiftungsfest. Gruppen freier Arbeiter, Gruppe Berlin, Gruppe im Verband Sozialistischer Arbeiter. — Freitag, 2. November, 19½ Uhr, Wahlbezirk Köpenick: Heim Danziger Str. 15-18, Vorkonferenz. — Wahlbezirk Köpenick: Heim Danziger Str. 15-18, Vorkonferenz. — Wahlbezirk Köpenick: Heim Danziger Str. 15-18, Vorkonferenz. — Wahlbezirk Köpenick: Heim Danziger Str. 15-18, Vorkonferenz.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, dem 24. Oktober.

1. Rennen. 1. Barmenio (Ch. Mills), 2. Gellere (Gedert), 3. Kip (Kauz jr.). Toto: 20:10. Platz: 16, 24, 35:10. Ferner liefen: Agilator, Barcarole, Ma Vincelon, Dian, Champagner, Planet, Jernisch, Sejan, Primel, Pyramide.
2. Rennen. 1. Kurldorf (Quib), 2. Kalleter (Kauz jr.), 3. Kemerler (Kandnabel jr.). Toto: 55:10. Platz: 22, 18, 30:10. Ferner liefen: Kantenbieler, Sultan S., Robben, Kalkm, Erdbrunn jr., Captain Berber, Liebesbote, Blondinger, Lombardi, Dancing Girl, Holstein, Alettervie.
3. Rennen. 1. Baron Elbster (Stim), 2. Eßlein (Vemzer), 3. Rauh (A. Mills). Toto: 60:10. Platz: 20, 20, 61:10. Ferner liefen: Justman, Wanzanorek, Invalider, Rubin, Ollen S., Königsdorfer, Monarch L.
4. Rennen. 1. Rimmerlat (Stim), 2. Britton (A. Mills), 3. Olyard (Wohmann). Toto: 31:10. Platz: 10, 10, 10:10. Ferner liefen: Jounkling, 5. Rennen. 1. Angelinde (Gedert), 2. Jourd Halle (Gedert), 3. Wainda (Höns). Toto: 52:10. Platz: 24, 26, 28:10. Ferner liefen: Goudler jr., Crifa, Hona S., Rimi Halle, Euf Leubrun, Goudler's Gloria, Ertr Wollersamer, Altried, Altried, Interessant, Weinbrand, Corona Re. Rinner, Höbersonne.
6. Rennen. 1. Quist quasi (Vemzer), 2. Blauve Adria (Gedert), 3. Johannsdorfer (A. Mills). Toto: 27:10. Platz: 12, 13, 15:10. Ferner liefen: Kymothos S., Krotter, Bogdan, Korthern Solo, Kammerläufer.
7. Rennen. 1. Euf (A. Mills), 2. Jounkling (Kauz jun.), 3. Turandot (Heiland). Toto: 29:10. Platz: 22, 19, 29:10. Ferner liefen: Friedrichsbor, Diana Romanow, Anker I., Leuchtadel, Morgenjonne, Klaffe für sich, Heim Duff, Ertr Seehof, Euf, Propeller.
8. Rennen. 1. Schababühl (Kauz jun.), 2. Rinscott jun. (Kauz sen.), 3. Antenne (Ella). Toto: 65:10. Platz: 25, 19, 15:10. Ferner liefen: Petronella, Lucie Halle, Krull, Katal, Mentor I.
9. Rennen. 1. Debercing (Schwarz), 2. Olypologe (Lautenberger), 3. Barmenio (Wogandl). Toto: 125:10. Platz: 35, 26, 20:10. Ferner liefen: Luffiger Bruder, Unheil, Prinz Adell, Prinz Rudolf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Betriebsräte Achtung!

Die Betriebsräte-Zeitschrift Nr. 21 ist erschienen und kann gegen Vorzahlung der Legitimationskarte des Betriebsratsvorsitzenden in unserem Bureau, Zimmer 3 oder nach 4 Uhr im Zimmer 4 entgegengenommen werden.

Mittwoch, den 26. Oktober, abends 7 Uhr, im Parteibüro des Verbandshauses, Cinenstraße 63/65:

Branchenversammlung

der Bau- und Gebäudewirtschaft. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit einer Lohnzulage. 2. Stellungnahme dazu. 3. Beschließenes. Die Vertrauensleute treffen sich um 7½ Uhr im Sitzungssaal. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Um pünktliches u. zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Donnerstag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, im Parteibüro des Verbandshauses, Cinenstraße 63/65:

Branchenversammlung

aller Hobler, Bohrer, Stofer, Fräser und weiblichen Berufsangehörigen. Tagesordnung: 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Branche. 2. Diskussion. 3. Branchenanglegenheiten und Berichtsbogen. Mitglieder, bei denen nicht eine der oben bezeichneten Berufsbezeichnungen in ihrem Mitgliedsbuch eingetragen ist, werden nicht zur Versammlung zugelassen. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 27. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Stalger Straße 126

Branchenversammlung

der Graveure und Ziseleure. Tagesordnung: Vortrag über: „Arbeitslosenversicherung und Erwerbslosenversicherung“. 2. Branchenanglegenheiten. 3. Beschließenes. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Achtung! Drahtarbeiter Achtung!

Donnerstag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, im Cofal von Wolfshäger, Kopalstr. 21

Branchenversammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Arbeitslosenversicherung“. 2. Branchenanglegenheiten. 3. Beschließenes.

Donnerstag, den 27. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Verbandshaus, Cinenstr. 63/65

Branchenversammlung

der Zigarettenmaschinenführer und Betriebsbandwerker. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Die Arbeitslosenversicherung“. 2. Branchenanglegenheiten. 3. Beschließenes. Die Octoberversammlung.

Achtgeben!

Es gibt nur ein

Palmin

feinstes Voco-Speisefett zum Kochen, Braten, Backen

Untrügliche Kennzeichen:
Gusschrift „Palmin“
und Namenszug
Dr. Schinck

Alleinige Hersteller: F. Schinck & Co. A.-G. Hamburg

Und sie schrieben...

Kleine Geschichten von Hanns Jr. Ost.
Vorwort.

Es gibt Menschen, die irgendwie leben. Erst wenn der Druck, der jahrelang auf ihnen lastet, Zentnerschwere erreicht hat oder wenn ein seltenes Ereignis sie aus dem Lagestrott reißt, greifen sie zur Feder. Es ist das letzte Mittel, das ihnen vorsteht. Feder, Tinte und Papier hatten noch etwas Rätselhaftes, Dämonisches an. Es wird weniger Brief als Bekenntnis, unbeholfen, trifft nicht immer den Kern, bleibt bei Nebenächlichem, ist aber wahr, und der Schreiber wundert sich selbst, was Angst, Sorge, Not ihn in den engen Rahmen eines Stückchens Papiers einzwängen ließ.

Eine kurze Erleichterung tritt ein, dumpfes Hoffen, bis nach Wochen alles wieder weiter läuft, wie es gewesen, auch die Erlösung aus dem Papier und den schwarzen Tintenhieroglyphen in nichts zerfließt.

Menschen, die noch an Menschen glauben, und Menschen, die nur schreiben, um immer wieder ihre vernichtende Verneinung alles Vertrauens zum Ausdruck zu bringen.
Menschen auf der Schattenseite.

Wenn der Körper nicht mehr kann, Arbeit nicht mehr geht, kommt die Not. Unerbittlich. — Die Frau sagt das ungefähr vor sich hin. Alles, was sie hat, ist ein kleines Stübchen, mit veraltetem Hausrat. Bummstüchiges Gerät; kleine Häufchen Holzmehl hat der Bumm herausgeschafft aus den vielen Gängen. Er herrscht im Stuhl, im Bett, in der Kommode. Bohrt immer weiter.

Bohrt wie der Hunger —, immer weiter. — Eine trockene Semmel, ein Töpfchen braunen Kaffee-Ertrag; fragt in den Spitalen, wie unglaublich lange alle Leute damit um den Tod herumgehen.

Dann fehlt auch das. — Das Schweigen wird fester. Diese Leute nurren nicht, sie ertögen.

Der Bumm sitzt im Holz und hat alles. — Die Frau starrt durch die opatizierenden Scheiben der Fenster. Sieht nichts; hat nichts. Wie fällt ihr auf, wie schlaffenhaft das Leben des Holzwurms neben ihr verläuft. — Ihre Gedanken bluten, sie glaubt an Gott und weiß doch nicht, womit sie alles verdient hat.

Erst wenn die Hände zittern, die Augen blind sehen und das Leben dennoch im Körper nicht aufhören will, tut sie es:

An den Herrn Armenvorsteher.

Ich wurde vor Jahren von der Ehefrau eines pensionierten Reichensellers aus unbegründeter Eifersucht mit tosendem Wasser im Gesicht und am Oberkörper schwer verbrüht, habe daraus volle vier Monate krank gelegen, in welcher Zeit mich Herr Dr. L. behandelte, und habe der dadurch erfolgten Schwächung des Oberkörpers Rheumatismus in beiden Armen, Schölerluft auf dem rechten Ohr, und bei Erfränkungen teilweise auch auf dem linken Ohr. Ich stehe im 60. Lebensjahr und konnte dieser Gebrechen halber bisher Beschäftigung nicht wieder aufnehmen. Wenn sich mein Zustand nicht wesentlich bessert, sehe ich in Gefahr, der Not zu verfallen, denn ich mußte meine Mittel allmählich aufbrauchen und kann aus mir selbst nicht mehr für mich sorgen."

Niedrig ist die Schantstube, verräuchert, luftleer. Die Fliegen steigen zu Dutzenden an den Fensterscheiben auf und ab, und in den Glasfängern schwimmen sie in Essigwasser wie schwarze Kränze aufgehäuft um Leben und Tod. Nichts zu hören wie das Fliegenjumen; es ist gegen Mittag, die Schenke leer.

Vor dem Schankwirt liegt ein Strafmandat wegen Ueberschreitung der Polizeistunde. — Der Mann ist eine Kasse, die sich auch Mensch nennt, ein Zerbild. Keiner der Bauern sieht's mehr. Niemand kennt ihn anders. Wenn er aufsteht, zur Lombank humpelt, hier in die Gläser füllt, geht's. Zeit ist immer. Er ist ihr Schankwirt.

Der legt mit der Hand über den Tisch, streicht über die Wachs-tuchdecke, die in der Hitze klebrig knittert. Das ist sein Platz. Die anderen Tische haben keine Decken, nicht mal aus Wachs-tuch. Nur wenn er sehr wohl will, darf sich dann und wann zu ihm setzen. Hat nichts zu bezahlen. Was auf diesem Tisch steht, gibt der Wirt.

Der Landjäger wird nie die Beine unter diesen Tisch stecken dürfen. Er ist das lebendige Gemeindegewissen. Hat den Schank-wirt angezogen, weil eine Stunde nicht anders totzuschlagen war, wie nach Feierabend im Gasthof.

Da hilft nur eins, denn die Kasse ist leer. Eine bewegliche Klage an den Herrn Amtsvorsteher. Der wird milde lächeln, er kennt seine Leute:

An den Herrn Amtsvorsteher.

Ich bin ganz gestört an meinem Körper und zur Arbeit nicht fähig und kann die Leute nicht rauschmeißen. 1. Leide ich an Doppel-bruch oder sehr schlimm demnach manchen Tag darf ich kaum mich bewegen um den Brand, welcher vom Bruch entsteht, zu ver-hüten, 2. Ist mir ein Auge aus dem Kopf entzerrt worden, 3. habe ich einen lahmen Fuß, 4. durch mein schlechtes Sehen habe ich durch Fehltritt eine Schulter ausgefragen, bis heute noch nicht in Ord-nung.

Ich habe ein Kind in der Schule, eine Weise mit zwei Kinder in meiner Wohnung die ich Unterstützung gebe. Ein Sohn ist Krämpf-leidend. Da ich mit Zeiten nicht weiß was ich machen soll, denn er hat mich schon die Fenster eingeschmissen.

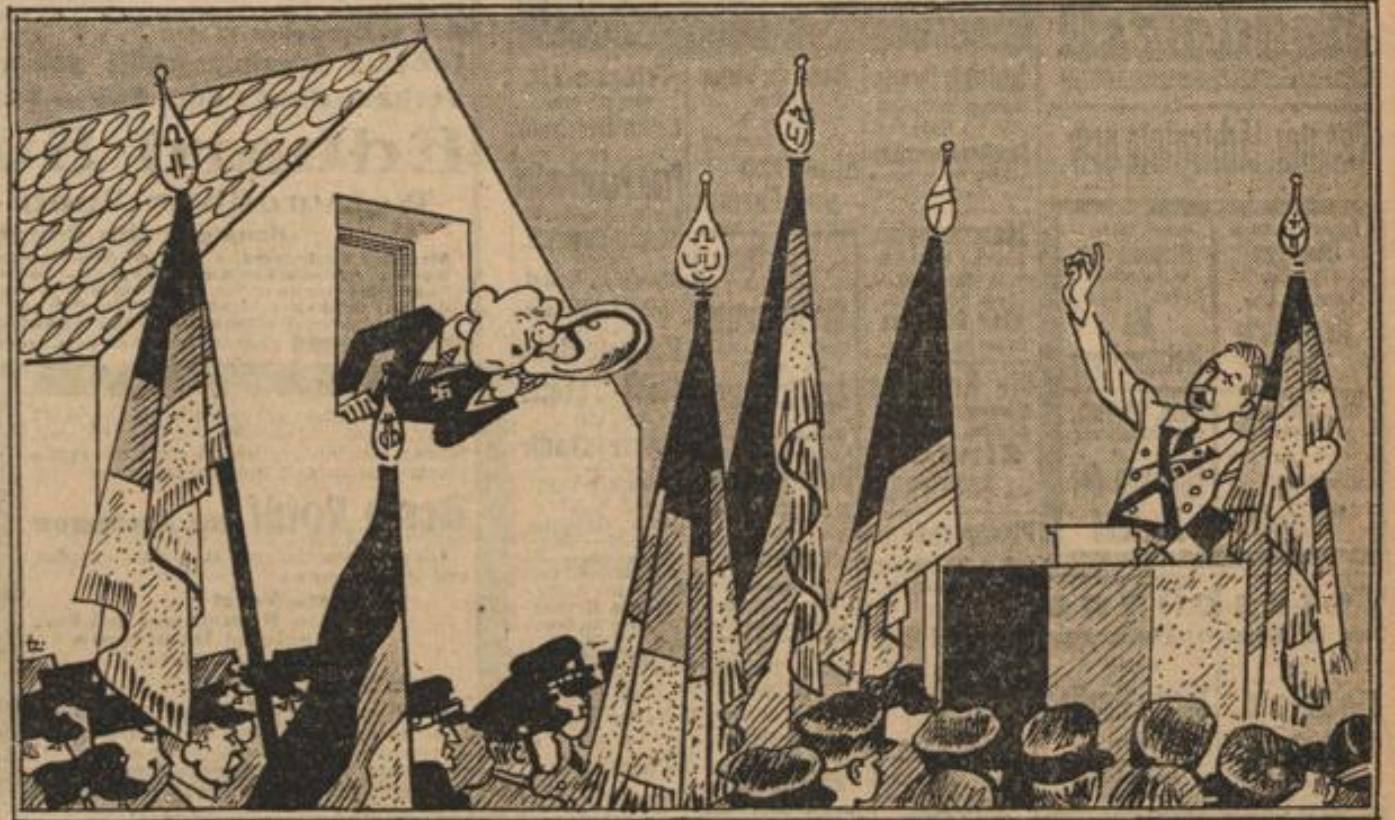
Aus diese Verhältnisse kann ich mich nicht wehren und nicht bezahlen."

Der Abend wird dämmerig. — Wie feiner Rebel steigt es aus der Ode. Die Wasserwirbel vermischen sich hier und dort mit leichten Schleiern. Ein schweres, nasses Floch treibt stromab. Alte Riefernstämme, rissige, dicke Borke; rot, wo sie leuchtet, wird sie brauner. Ueber diese Stellen geht der Flößer vorsichtiger, wenn er die lange Stange nach vorn schleppt. Dann drückt er sie senkrecht gegen den Strom, stemmt sie gegen die Schulter, und langsam, Schritt um maßigen Schritt, klappt er schwer keuchend gegen das Ende des Flosses zu. — Das hat in der Mitte eine Art Hütte, aus Spitz zusammengestellten Strohwänden. Zwei Kinder liegen davor. Eine jüngere Frau hockt zusammengesauert daneben und schält Kar-toffeln. Am Ende des Flosses führt die alte Schifferfrau ein langes, schwarzes Ruder, das als Steuer dient.

Eine Scholle im Wasser, eine eigene Welt, eigene Leute.
Der Flößer zieht gebückt und keuchend seine Stange wieder

Der Lauscher von Arensdorf.

In dem durch die Blaskat der Hakenkreuzler berüchtigten Arensdorf fand zugleich mit Gründung einer Ortsgruppe eine große Demonstration des Reichsbanners statt. Dabei bedrängte sich der Oberhäuptling des Werwolfs, Junger Udo von Koenleben, im Fenster eines nahen Gebäudes als „Hochposten“



Was lauscht der Junker so verstört?
Ich wüßte gern, was er wohl hört.

Ja, was! — ei nun, das ist bekannt:
Was hört der Horcher an der Wand!!

weiter. Beim Einstaten verpagt einige Male der feste, abgemohnte Griff. Das wetterbraune, zertrümmerte Gesicht wird noch müder. Die hängenden Barthaare zittern, als hätten sich die Rippen darunter bewegt. Der Kopf nickt nicht, schüttelt nicht, macht aber eine Verzweckungsgebärde. Dann schielt der Mann zu seiner Frau rüber, die, auch schon an die Fünzig, noch Mithilfe leistet. Das ist der Gedankenweg zum Rußkn. — Ein dumpfes Gefühl, daß Arbeit Arbeit ist. Seit vierzig Jahren. Und nun will's nicht mehr.

Schlaf heute abend.
Es gehört wenig zur Verständigung mit der Ruderfrau. Das Floß treibt zum Ufer, liegt bald fest. —
Anderntags schreibt der Schiffer. Er hat unterwegs viel Zeit gehabt zum Ausgrübeln:

An das Infanterieregiment in Saarburg.

Bitte meinen Schwiegerohn vom Militär zu entlassen. Ich bin 60 Jahr und kann's nicht mehr allein. Ein Schifferknecht kann ich nicht halten.

Bemerte daß ein hohes Einkommen auf Schifffahrt nicht erzielt werden kann, weil der Kahnraum mehr zu nimmt und die Frachten dadurch niedriger werden, und der Dampf bei den hohen Kohlen Preisen Teurer ist.

Auch habe ich meine Tochter Köschin, die ohne erwerb ist weil sie ihre zwei kleine Kinder 1 von drei Jahr und 1 von 2 Jahr zu warten hat, zu erhalten. Sie ist an Max Heu verheiratet er ist von Herbst bis auf weiteres bei das Infan. Regiment in Saarburg Soldat."

Das Fischerdorf heißt wie alle Fischerdörfer Riet. Die Frau stützt sich mit der einen Hand auf den Tisch und müht sich, gerade zu stehen. In ihr liegen viele Fischergenerationen. Denn wer fischen will, muß aus einer der Familien stammen und Haus und Hof haben. Die Fischereigerechtmäe hängt am Haus. Wie die Eltern tot waren, nahm sie sich als spätes Mädchen einen fremden, viel jüngeren Mann. Sie brachte ihm den Broterwerb, aber die Farbe der kommenden Lebensjahre ähnelte dem Geld ihres kranken Gesichtes.

Es war etwas Furchtbares gewesen, das sie hätte trennen müssen. Aber dann gingen sie nachher doch durch dieselbe Stube, dicht aneinander vorüber, ohne innere Berührung, jeder nur ein Arbeitsmensch.

Der Mann war jetzt draußen, zwei Tage, eine Nacht auf Fischfang. Den Kaffee für die Nacht hatte sie ihm eingepackt, die Brote, und einen Blick hatte sie nach dem eisernen, teerschwarzen Kessel geworfen, der die Mahlzeiten gleich aus dem Fange aufnehmen mußte. Zwei Männer jubten immer einen Kahn. —

Gedacht setzte die Frau sich in einen Weidenjessel und rührte sich kaum. Nichts entspannte das Gesicht. —

Der kranke Körper wollte nicht mehr, wenn er ganz verpagte, war's zu spät. Etwas kam in Gedanken, lag so weit zurück, aber ein gespenstisch langer Arm ging von dort aus über alle Vergangenheit, und seine Hand klopfte dann und wann mahnend auf ihre Schulter. Der starr in den Kaden geworfene Kopf wollte nichts wissen, aber die entleerten Augen sahen, was nicht Vergangenheit, nicht Gegenwart war.

Mal mußte es getan werden:

Mein Testament.

§ 1. Mein Nam hat im Jahre 1910 eine Anzeige gegen mich wegen Mordversuchs erstattet. Die Anzeige war grundlos, ich wurde daraufhin mehrere Tage in Untersuchungshaft genommen. Mein Ehemann hat sich damit einer groben und widerrechtlichen Kränkung meiner Ehre und meiner persönlichen Freiheit schuldig gemacht.

Ich enterbe ihn deshalb.

Sollte diese Enterbung nicht rechtskräftig sein, so sehe ich ihn auf den Pflichtteil als Erbe ein."

Auf der Eisenbahn.

Eine lustige Skizze von Leonid Andrejew.

(Deutsch von Grete Reufeld.)

Nichts hat mir mehr Kopfzerbrechen bereitet, als das Schlafen im Waggon. Kaum hatte ich meinen Platz eingenommen, begann ich schon meine Nachbarn von dem Gesichtspunkt aus zu beurteilen: wird er mich bestehlen oder nicht? und hatte dabei die Empfindung, auch selbst derselben Beurteilung unterworfen zu sein. Ich kam zu der Erkenntnis, daß von diesem Standpunkte aus alle menschlichen Geschlechter ein absolutes Rätsel darstellten. Man kann nach dem Gesicht beurteilen, ob jemand gut oder schlecht, klug oder dumm ist; aber zu entscheiden, ob er stehlen wird oder nicht, ist unmöglich. Nach vieljährigen Versuchen gelangte ich zu der Ueberzeugung, daß man sich in dieser Frage nach anderen Kennzeichen richten muß; wie sich der Betreffende kleidet und hauptsächlich, ob er eine Uhr hat oder nicht; es steht aber fest, daß der Besitzer einer Uhr Vertrauen einflößt. Dein Signalgeber aber spielt mit seiner Uhrkette, du schaust gleichgültig auf deine Uhr und das genügt, um zwischen euch beiden ein stummes Bündnis herzustellen.

Aber selbst die günstigste Lösung der Frage der Moral deines Nachbarn gibt dir noch nicht die Gewissheit eines ruhigen Schlafes. Alle Menschen kann man nicht ergründen, und das Kupee passieren doch viele Leute. Anfangs beschloß ich, die ganze Nacht zu wachen. Da ich aber trotzdem regelmäßig einschlief, blieb mir nichts anderes übrig, als diesem Umstand eine stichhaltige Begründung zu geben. Ich entkleidete mich, soweit es ging, und stopfte mir alles unter den Kopf. Da man mir aber selbst unter dem Kopf hervor die Brief-tasche und einen Nachbarn eine Pelzmütze gestohlen hatte, vertor ich den Glauben an die Gefahrllosigkeit dieser Methode.

Seit dieser Zeit schlafte ich folgendermaßen: Ich stopfte alle wert-vollen Sachen in die Hosen-taschen und stecke auch noch die Hände hinein, wo ich sie die ganze Nacht lasse. Die Pelzmütze aber drücke ich mir derart ins Gesicht, daß ich sie mit Leichtigkeit auch mit den Zähnen festhalten könnte. In dieser Stellung sich umzudrehen, ist allerdings nicht ganz leicht, und man kann auch nur ganz langsam, mit dem Rücken nach oben oder nach unten, dafür ist es aber gefahrlos.

Ich erinnere mich eines äußerst unangenehmen Zwischenfalls. Wir hatten kaum den Bahnhof verlassen und brachten es noch fertig, uns gegenseitig kennen zu lernen, als der Stationschef in Begleitung eines Gen darmens ins Kupee trat und sagte:

„Meine Herren, Vorlicht! Im Zuge befindet sich ein ge-schickter Taschendieb. Bitte auf Ihre Sachen gut acht-zugeben!“

„Was hat er für besondere Merkmale?“ fragten wir
„Blondes Haar, und er ist ungefähr 30 Jahre alt,“ erwiderte der Gen darm.

„Aber nein, er ist brünett und noch ganz jung,“ verbesserte der Stationschef. Sie stritten ein wenig und gingen dann weiter, auch die anderen Fahrgäste zur Vorlicht zu mahnen.

Wie ich nun nach deren Fortgehen auf meinen Nachbarn blickte, wollte ich im ersten Impuls um Hilfe rufen. Er war blondhaarig, ungefähr dreißig Jahre alt und hatte das Aussehen eines geliebten Taschendiebs. Er kam mir aber zuvor:

„Sie sind ja noch jung,“ legte er.

„Run ja, so ziemlich.“

„Und brünett.“

„Was wollen Sie damit gesagt haben?“ schrie ich ihn an.

„O, nichts.“ Und er rückte ein wenig zur Seite. Mein Ansehen nach hatte er die Unerschämtheit, mich für den Taschendieb zu halten. Was aber noch schrecklicher war, auch andere waren seiner Meinung, und ich las aus allen Blicken: „Ach kenne dich, du Gauner!“ Und dabei waren sie selbst durchweg typische Gauner, besonders mein linker Nachbar, der Blondhaarige, und dann der rechte Nachbar, der Brünette.

Bis Tagesanbruch sahen wir unbeweglich auf unseren Platz und ließen uns gegenseitig nicht aus den Augen. Und wenn auch nur einer von uns ein wenig rührte, schrien gleich ein wildem, verzweifeltem Chor:

„Hilfe!“

Am lautesten aber schrie der wirkliche Taschendieb.

